

# Universitätsbibliothek Wuppertal

## Reden im Plenum des Nordrhein-Westfälischen Landtags

Ministerpräsident 1995-1998, Mitglied des Bundesrates 1970-1998;  
Anhang: Reden im Deutschen Bundestag, Reden im Deutschen Bundesrat

**Rau, Johannes**

**Düsseldorf, Mai 1998**

Bundestag: 1978 - 1993

---

**Nutzungsrichtlinien** Das dem PDF-Dokument zugrunde liegende Digitalisat kann unter Beachtung des Lizenz-/Rechtehinweises genutzt werden. Informationen zum Lizenz-/Rechtehinweis finden Sie in der Titelaufnahme unter dem untenstehenden URN.

Bei Nutzung des Digitalisats bitten wir um eine vollständige Quellenangabe, inklusive Nennung der Universitätsbibliothek Wuppertal als Quelle sowie einer Angabe des URN.

[urn:nbn:de:hbz:468-1-41](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:468-1-41)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) So wenig die alten Zeiten immer gut waren, so wenig hat sich alles zum Besseren verändern können. Aber daß es auch durch vorausschauende Politik gelungen ist, dafür zu sorgen, daß aus wirtschaftlicher Dynamik nicht soziales Dynamit entsteht: Das ist eine Gemeinschaftsleistung, auf die wir in Nordrhein-Westfalen stolz sein können.

In den nächsten zwanzig Jahren wird sich wieder vieles verändern. Manches erkennen wir schon, anderes sehen wir erst in Umrissen. Unser Land wird sich - das jedenfalls ist gewiß - auch in den kommenden zwanzig Jahren so stark verändern, daß es in vielem nicht wiederzuerkennen sein wird.

Unser gemeinsames Ziel aber sollte es sein, daß Nordrhein-Westfalen ein starkes Land bleibt, in dem zu leben und zu arbeiten sich lohnt. Ich bin sicher, daß mein Nachfolger, dem ich Glück und Segen wünsche, seine ganze Kraft für dieses Ziel einsetzen wird.

Ich wünsche mir unser Land auch in Zukunft auf der Höhe der Zeit: leistungsfähig und selbstbewußt, heimatverbunden und weltoffen, freiheitlich und sozial, umweltbewußt und kulturell reich, tolerant und menschenfreundlich.

(B) Ich wünsche mir ein Land, das seine Stärke bezieht aus dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen, aus dem Dialog verschiedener Kulturen und aus der Bereitschaft der Menschen, nicht nur an sich selber zu denken, sondern gemeinsam mit anderen die Dinge zum Besseren zu verändern.

Ich wünsche mir ein Land, das sich stark macht für einen lebendigen Föderalismus in Deutschland und für ein zusammenwachsendes Europa, das seine Kraft aus der Vielfalt seiner Regionen bezieht.

Wenn das gelingt, dann ist mir nicht bange um die Zukunft unseres Landes. Dazu kann jeder einen Beitrag leisten. Ich werde das tun als Abgeordneter, der ich bleibe, und jenseits des Amtes des Ministerpräsidenten, das ich heute dankbar abgebe.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fehler machen alle. Auch ich habe Fehler gemacht. Ich entschuldige mich bei denen, die ich verletzt oder gekränkt habe. Ich habe das nicht gewollt.

Ich überreiche Ihnen, Herr Präsident, jetzt den Brief, mit dem ich gemäß Artikel 62 Abs. 1 unse-

rer Landesverfassung vom Amt des Ministerpräsidenten zurücktrete.

Glück auf und Gottes Segen für unser Land!

(Lang anhaltender, allgemeiner starker Beifall - Die Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie alle Mitglieder der Landesregierung erheben sich von ihren Sitzen.)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun bin ich zwar nicht so bibelfest wie Sie, Herr Ministerpräsident Dr. Rau. Trotzdem will ich in Anlehnung an einen bekannten Bibelvers sagen: Es gibt eine Zeit des Vorausschauens, es gibt eine Zeit des Erinnerens, und es gibt eine Zeit des Bedenkens. Wir lesen das bei Prediger 3, Vers 1.

Heute ist für mich vor allem ein Tag des Einhaltens, ein Tag, an dem ich zusammen mit Ihnen, Herr Ministerpräsident, für einen Moment innehalten und auch kurz zurückblicken möchte auf die vergangenen zwanzig Jahre. Der heutige Tag ist schon ein denkwürdiger Tag, weil er das Ende einer Etappe markiert. Er wird als Meilenstein auf einer langen Wegstrecke festgehalten werden, nicht aber als ein Tag des endgültigen Abschieds in unsere Geschichtsbücher eingehen.

Mit dem heutigen Tag haben Sie ein Amt niedergelegt, das Sie zwei Jahrzehnte ausgefüllt haben: Zwanzig Jahre lang haben Sie als Ministerpräsident die Politik unseres Landes gestaltet. Dafür spreche ich Ihnen Respekt, Dank und Anerkennung im Namen des nordrhein-westfälischen Landtages aus.

Erinnern Sie sich:

"Ich werde wohl kein Landesvater, weil mir dazu bestimmte Strukturen fehlen."

Erinnern Sie sich noch an dieses Zitat, Herr Ministerpräsident? Es stammt aus Ihrer Abschiedsrede vor dem Rat der Stadt Wuppertal, Ihrer Heimatstadt - deren jüngster Oberbürgermeister Sie ja auch einmal gewesen sind -, wenige Tage nach Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten. Aus heutiger Sicht stelle ich fest: Hier hat sich ein großer Politiker gründlich geirrt!

(C)

(D)

**Bundesminister Dr. Graf Lambsdorff**  
(A) den, wir betrieben eine forcierte Kernenergiepolitik. Dies ist nicht der Fall. Aber ich habe ihm geantwortet: Wir betreiben eine forcierte Entsorgungspolitik. Dies halte ich auch für dringend erforderlich und notwendig.

Deswegen befinden wir uns in intensiven Beratungen mit der Landesregierung von Niedersachsen. Sie wissen, daß wir im September gemeinsam den ersten konkreten Schritt, nämlich den Beginn der Flachbohrungen Anfang 1979, festgelegt haben. Voraussetzung für die Einhaltung dieses Termins ist insbesondere noch eine Einigung über die Finanzierungsforderungen von Niedersachsen.

Beim zweiten Schwerpunkt unserer Entsorgungsanstrengungen, dem **Zwischenlager Ahaus**, läuft das Genehmigungsverfahren planmäßig. Nachdem nunmehr auch die Stadt Ahaus der Aufnahme des Zwischenlagers grundsätzlich zugestimmt hat, nicht zuletzt auf Grund des Engagements der Landesregierung in Düsseldorf, bin ich zuversichtlich, daß der Terminplan für Ahaus eingehalten wird.

Auch beim Kernkraftwerksbau sind wir in der Zwischenzeit ein Stück vorangekommen. Auf Philippsburg II und Esenshamm habe ich bereits hingewiesen. Auch sonst geht die Fertigstellung von Kernkraftwerken — die drei bekannten gestoppten Vorhaben ausgenommen — gut voran.

(B) Wir sind deswegen, meine Damen und Herren, auf dem Wege, uns die **Option für die friedliche Nutzung der Kernenergie** offenzuhalten. Hierzu gehört aber auch, daß wir uns über die Nutzung des seit längerem eingeführten Leichtwasserreaktors hinaus die Optionen für die in ihrer Entwicklung bereits weit fortgeschrittenen neuen Reaktortechnologien offenhalten. Das heißt im Augenblick ganz konkret, daß wir neben dem Hochtemperaturreaktor in Schmehausen auch den Prototyp Schneller Brüter in Kalkar weiterbauen.

Meine Damen und Herren, diese wenigen Bemerkungen, die, wie ich weiß, eine Aufzählung von Tatsachen sind und deswegen nicht sehr spannend sein können, zeigen, daß es ebenso zweckmäßig wie notwendig ist, bei jedem Einzelproblem den energiepolitischen Gesamtzusammenhang herzustellen. Das war der Sinn meines heutigen Vorbringens. Wenn das in der nachfolgenden Diskussion geschieht, so müßte eigentlich deutlich werden, daß die energiepolitischen Gemeinsamkeiten zwischen Koalition und Opposition sehr viel größer als die Gegensätze.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

**Präsident Carstens:** Das Wort hat der Herr Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen.

**Ministerpräsident Rau** (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bundes- und Landesregierung „zögern“, so heißt es im Antrag der CDU/CSU-Fraktion, obwohl die neue Technologie „beherrschbar“ und „vertretbar“ ist; und weil Bundes- und Landesregierung zögern, darum soll die Bundesregierung eine Anweisung nach Düsseldorf geben.

Ist das die Lage? Beschreibt dieser Antrag und beschreibt der Begriff „eindeutige Rechtslage“ zutreffend und umfassend das, was ist?

Ich will hier keine Föderalismusdiskussion beginnen, so reizvoll sie wäre.

(Zuruf von der CDU/CSU: Warum eigentlich nicht?)

Aber ich will Sie fragen, ob man das Problem so beschreiben darf oder ob man seine Dimensionen mit dieser Beschreibung verkürzt und seine Motive offenbart.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Mut zur Entscheidung hat Herr Abgeordneter Waigel gefordert, weil es doch um Beherrschbares und Vertretbares gehe. Ich meine; die Begriffe beschreiben weder die Fragestellungen, mit denen wir es zu tun haben, noch die Antworten, die wir geben müssen. Das Beherrschbare und das Vertretbare muß ja auch glaubwürdig gemacht werden im Blick darauf, ob es zweckmäßig, sinnvoll und verantwortbar ist.

Wie und um welchen Preis beherrschen wir das Beherrschbare? Wie und mit welchem Anspruch auf Glaubwürdigkeit vertreten wir das Vertretbare? Der scheinbar schnelle Weg von der eindeutigen Rechtslage zur Anweisung ist in Wirklichkeit bloß ein bequemer Weg. Er wäre es vielleicht auch für die Anzuweisenden, aber er wäre ein Weg am Bürger vorbei.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

(C) Wir in Nordrhein-Westfalen wollen diesen Weg nicht, und wir bedürfen dieses Schrittes, der Anweisung, nicht.

(Beifall bei der SPD)

Denn schon die Reihenfolge unserer Entscheidungen sagt etwas über unsere Haltung. Am 28. November hat die Landesregierung das **Zwischenlager für Brennelemente in Ahaus** beschlossen. Davon ist hier wenig die Rede gewesen, das ist hier selten zitiert worden.

(Dr. Steger [SPD]: Hör! Hör!)

Da ist nicht deutlich geworden, daß Nordrhein-Westfalen auch wegen Gorleben und für Gorleben, auch wegen Brokdorf und für Brokdorf etwas tut und daß bei uns die Bürger fragen: Wann handelt eigentlich Niedersachsen?

(Beifall bei der SPD und der FDP — Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Nehmen Sie erst einmal Ihre Chaoten an die Leine!)

— Ich habe Ihren Zuruf nicht verstanden.

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Sie sollen erst einmal Ihre Chaoten an die Leine legen, ehe Sie sich um Niedersachsen kümmern!)

— Wenn Sie meinen, ich sollte meine Chaoten an die Leine legen, Herr Abgeordneter, dann kann ich nur sagen: Ich rede hier vor dem Bundestag und nicht in der Redaktionskonferenz des „Bayernkurier“.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Hartmann [CDU/CSU]: Das ist der Abgeordnete Haase von der CDU! — Katzer [CDU/CSU]:

Ministerpräsident Rau

- (A) Da sitzt nicht die CSU! — Haase [Kassel]  
[CDU/CSU]: Sie müssen noch viel lernen,  
Herr Rau! — Heiterkeit bei der CDU/CSU  
— Weitere Zurufe von der CDU/CSU

Es ist noch vieles zu tun, nicht nur im Blick auf das, was Entscheidungen vor uns betrifft.

(Zurufe von der CDU/CSU)

— Ich freue mich, daß Sie so lebhaft sind. — Vielmehr ist noch viel zu tun, um die bisherige kerntechnische Entwicklung in der Bundesrepublik vom Beherrschbaren und Vertretbaren zum Sinnvollen, Verantwortbaren und Zweckmäßigen so zu bringen, daß die Bürger unsere Wege verstehen und mitgehen können.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Vogel [Ennepetal] [CDU/CSU]: Dabei haben Riemer und Hirsch kräftig geholfen!)

Die geforderten Entscheidungen müssen im Wortsinn gewissenhaft getroffen werden.

(Katzer [CDU/CSU]: Wo ist eigentlich der Hirsch?)

Wer geforderte Entscheidungen im Wortsinn gewissenhaft treffen will, dem darf es nicht lästig werden, daß Menschen Angst haben, der darf nicht ungeduldig darüber werden, daß Menschen Angst haben, und der darf sich selber dadurch, daß Menschen Angst haben, nicht lähmen lassen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

- (B) Aber — dies würde ich gern an den Diskussionsbeitrag des Herrn Kollegen Dr. Waigel anschließen —: Wer Nachdenklichkeit bedenklich findet, wer Besinnung über mögliche Folgen als zögerliche Unentschlossenheit diskreditiert, dessen schnelles Handeln ist voreiliges Handeln.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Präsident Carstens: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Spies von Büllesheim?

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Ja.

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Ministerpräsident, angesichts Ihrer Ausführungen zur Kürze des Weges von der Rechtslage zur Anweisung möchte ich Sie fragen: Wie bewerten Sie die von echter Sorge getragene Prüfungsarbeit aller Fraktionen dieses Hauses während der letzten sechs Jahre bis 1978 und gleichzeitig die Prüfungstätigkeit Ihres Innenministers und Ihres Innenministeriums bei der ersten und zweiten Teilerrichtungsgenehmigung für den Schnellen Brüter? Wollen Sie das abwerten?

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Ich habe auch nicht vor, das abzuwerten, sondern ich möchte Ihnen gern in Erinnerung bringen, Herr Abgeordneter — vielleicht haben Sie es noch in Erinnerung —, daß wir es bei der Kernenergie und

bei all dem, was damit zu tun hat, seit dem Jahre 1956 mit Bewußtseinsveränderungen, mit **Schärfungen des Problembewußtseins** zu tun haben. Ich hätte es sehr gern, daß etwas von diesen Schärfungen des Problembewußtseins, das in den letzten Monaten — übrigens auch beim Katholikentag in Freiburg — deutlich geworden ist, in den Reden der Sprecher Ihrer Fraktion deutlich würde.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Was die Prüfung dessen angeht, was wir an **Teilerrichtungsgenehmigungen** mit der ersten und mit der zweiten erteilt haben, so ist da nichts abzuziehen. Und die dritte Teilerrichtungsgenehmigung kommt auch, und sie kommt, nachdem dieses Parlament über die Sache, über die verhandelt werden muß, geredet hat.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Lenzer [CDU/CSU]: Könnten auch Sie das etwas präzisieren, auch zeitlich? — Wehner [SPD]: Ja, einen genauen Terminplan geben!)

— Gerne! Die dritte Teilerrichtungsgenehmigung kommt nach der Entschließung des Bundestages.

(Zuruf von der CDU/CSU: Müssen wir doch Ersatzregierung spielen?)

— Nein, Sie müssen nicht Ersatzregierung spielen; davon ist überhaupt keine Rede.

(Zustimmung des Abg. Wehner [SPD])

Aber lesen Sie doch bitte, wenn Sie das **Urteil des Bundesverfassungsgerichts** lesen, nicht nur den Teil, der Ihnen paßt, sondern nehmen Sie auch den Duktus des Urteils zur Kenntnis.

(Zustimmung des Abg. Wehner [SPD])

Dann werden Sie feststellen, daß das Bundesverfassungsgericht an keiner Stelle davon redet, daß dem Parlament das Reden und das Entscheiden in dieser Sache aus der Hand genommen werden solle, und Sie werden auch feststellen, daß das Bundesverfassungsgericht — vor allen Dingen im dritten Leitsatz auf Seite 1 — deutlich macht, daß „der Gesetzgeber dann, wenn er eine Entscheidung getroffen hat, deren Grundlage durch neue, im Zeitpunkt des Gesetzeserlasses noch nicht abzusehende Entwicklungen entscheidend in Frage gestellt wird, von Verfassungs wegen gehalten sein kann, zu überprüfen, ob die ursprüngliche Entscheidung auch unter den veränderten Umständen aufrechtzuerhalten ist“. Wenn dies der Leitsatz 3 des Urteils ist, werden Sie doch wohl einer Regierung und Koalitionsfraktionen zugestehen, daß sie vor einer schwierigen Entscheidung — und dies ist eine schwierige Entscheidung, auch wenn das in Reden Ihrer Fraktion nicht immer deutlich geworden ist — das Gespräch mit dem Souverän, mit dem Bundesgesetzgeber suchen und nach diesem Gespräch ihre Entscheidungen treffen.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Dr. Narjes [CDU/CSU]: Wo sind denn die neuen Tatsachen?)

— Es gibt viele neue Tatsachen, die wir ausbreiten und darstellen könnten, und es wird mancherlei Anlaß geben, das deutlich zu machen.

Ministerpräsident Rau

- (A) Es geht darum, daß angesichts der Sensibilität des Themas, mit dem wir es zu tun haben, jeder Schritt, den wir tun, sichtbar und glaubwürdig begleitet werden muß von gewissenhafter Prüfung, von zunehmender Sachkunde und von der Bereitschaft, solche Sachkunde noch zu steigern, vom öffentlichen Gespräch — und welcher Ort wäre für das öffentliche Gespräch besser geeignet als das Parlament? —

(Beifall bei der SPD und der FDP)

und von der Bereitschaft zur ständigen Überprüfung des zurückgelegten Weges.

Ich möchte gern ein paar Sätze zum Vorschlag meines Kollegen Horst-Ludwig Riemer sagen, der ja einige Aufregung mit dem verursacht hat, was er im September dargestellt hat und was unter dem Stichwort „Plutoniumvernichtungsanlage“ nach meiner Überzeugung viel zu knapp, viel zu schnell, viel zu sehr nebenbei bewertet worden ist.

Daß dieser Vorschlag zu diesem Zeitpunkt gekommen ist,

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist kein Wunder!)

hängt mit der dritten TEG zusammen, hängt damit zusammen, daß ja nach der gegenwärtig zu erteilenden Genehmigung nicht x-beliebige Maschinenteile gekauft werden sollen, sondern ein schwieriger, ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Fertigstellung des Schnellen Brütters getan wird.

- (B) Nun kann es ja sein, daß einem das nicht paßt, aber deswegen darf man doch wohl General Atomic nicht aus dem Kreis der Sachkundigen ausschließen. Denn gerade General Atomic gehört zu denen, die Möglichkeiten und Notwendigkeiten alternativer Brennstoffkreisläufe nicht nur für denkbar halten, sondern auch an ihnen arbeiten und sie alternativ anbieten. Von dort kommen ja die Überlegungen, die ich ernst zu nehmen bitte und die in Punkt 2 des Antrages der Koalitionsfraktionen zur Enquete-Kommission u. a. angesprochen werden. Hier liegt nach meiner Überzeugung der forschungspolitische Fortschritt in den EntschlieBungen und in der heute hier geführten Debatte. Hier wird, wenn ich den Punkt 2 des EntschlieBungsantrags richtig verstehe, die Ergebnisoffenheit dessen, was wir forschungspolitisch tun, nicht nur deklamiert, sondern definiert und so möglich gemacht. Dafür bin ich dankbar.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich bin deshalb für diesen Punkt 2 des EntschlieBungsantrags dankbar, weil er deutlicher macht, als es in den Diskussionen der letzten Monate geschehen konnte, daß die Formulierungen „Versuchsreaktor“ und „Prototyp“ nicht schamhaftes Verhüllen eines anderen Sachverhaltes sind, sondern daß mit diesem EntschlieBungsantrag — mit dem, was er will, und dem, was er erreicht — Kalkar wieder an den Platz gestellt wird, der ihm trotz der Größenordnung von 300 MW, die dieser Prototyp, dieser Versuchsreaktor hat, forschungs- und technologiepolitisch zukommt. Und ich bin dankbar für die Rede, die Herr Kollege Volker Hauff hier heute gehalten hat, und für die

Rede meines Freundes Ueberhorst. Wenn alle, die über Kernenergie reden, in den letzten Jahren so differenziert geredet hätten, wie diese beiden es heute getan haben, wäre uns manche holzschnittartige Auseinandersetzung erspart geblieben.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Es geht bei Ihrer heutigen Entscheidung über den EntschlieBungsantrag nicht um die bloße Genehmigungsfähigkeit eines Typs, sondern es geht darum, daß ein Parlament sich seines eigenen Weges öffentlich versichert und vergewissert. Vor diesem Versuch und vor dieser Absicht habe ich Respekt.

Wenn der Punkt 4 des EntschlieBungsantrags der Koalitionsfraktion von den „Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben“ und von der „Verhinderung von Fehlentwicklungen“ redet, meine ich, sei es nicht erlaubt, so wie es der Abgeordnete Riesenhuber hier getan hat, süffisant von „psychosozialen Expertisen“ zu reden.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Vogel [Ennepetal] [CDU/CSU]: Er hat eine hervorragende Rede gehalten!)

Es geht nicht um psychosoziale Expertisen, sondern darum, daß wir miteinander das Gespräch darüber suchen und bereit sind, es mit dem Bürger zu führen, der ja nicht nur von Böswilligen in die Angst vor dem Atomstaat getrieben werden könnte und der wissen möchte, ob für uns das Wort „beherrschbar“ und das Wort „vertretbar“ eigentlich nur Worthülsen sind oder ob wir, die wir auf Zeit Verantwortung haben, selber die Dimension unserer eigenen Entscheidungen bedenken können.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Mit dem Punkt 4 des EntschlieBungsantrages der Koalitionsfraktion durchbricht meiner Überzeugung nach der Bundestag beim Thema Kernenergie und beim Thema Schneller Brüter die Schallmauer des bloß Energiewirtschaftlichen, des bloß Energiepolitischen, des bloß Wirtschaftspolitischen. Deshalb wäre ich froh, wenn diese EntschlieBung der Koalitionsfraktionen hier nicht nur mehrheitsfähig, sondern auch übereinstimmungsfähig wäre.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Sie sichert uns und Ihnen bei künftigen Entscheidungen volle Handlungsfreiheit.

(Dr. Narjes [CDU/CSU]: Nein!)

Sie setzt an die Stelle der Anweisung eine Auftragsverwaltung in Mitverantwortung. Und weil es darum ging, wollten wir, daß dieses Parlament öffentlich redet. Wenn so verantwortliches Wahrnehmen der Auftragsverwaltung geschieht, meine Damen und Herren, dann fürchte ich die Karikaturen nicht, die hier und andernorts über die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ohne zeichnerische Einfälle immer wieder angeboten werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wer das Problem auf die Entscheidungsfähigkeit eines Kabinetts reduzieren will, wer hier parteipolitisch ein wenig Rabatt erreichen, ein wenig

Ministerpräsident Rau

(A) Rendite haben möchte, der verkennt die Dimension des Problems.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Hier darf man weder naßforsch noch locker, weder ausweichend noch abwiegeln entscheiden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sagten Sie „naßforsch“?)

Hier muß man glaubwürdig, verständlich, übersetzungsfähig reden und handeln.

Die Entschließung der Koalitionsfraktionen gibt uns in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, die dritte Teilerrichtungsgenehmigung zu erteilen. Die Entschließung ist nach meiner Meinung nicht nur mehrheitsfähig, sondern übereinstimmungsfähig. Ich fände es gut, wenn auf der Basis dieser Entschließung die Gemeinsamkeit der Energiepolitik kein Wortgeklingel bliebe, sondern der Wirklichkeit ein Stück näher käme.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der FDP)

Präsident Carstens: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gerstein.

Gerstein (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf die besonderen Probleme des Landes Nordrhein-Westfalen in dieser Debatte eingehe, lassen Sie mich, Herr Bundeswirtschaftsminister, einige Bemerkungen zu Ihren Ausführungen machen.

(B) Ich habe mit Freude festgestellt, daß Sie sich offensichtlich von Ihrem „Mainzer Karneval“ besser erholt haben als Ihre Partei.

(Dr. Steger [SPD]: Ha! Ha! So ein Kalauer!)

Sie haben von der Verpackung, von der zweiten Fortschreibung des Energieprogramms, die in sehr sinnvoller Weise um den Schnellen Brüter herumgewickelt worden ist, einiges ausgewickelt. Lassen Sie mich dazu nur so viel sagen: Ihr Hinweis an die Opposition, daß wir Kalkar in den Mittelpunkt dieser Debatte gestellt hätten, ist ein Hinweis an die falsche Adresse; denn Sie waren es doch — Ihre Koalition —, die verlangt haben, daß diese Debatte kurzfristig zu dieser Zeit, am 14. Dezember, stattfindet, um Ihre Probleme im Zusammenhang mit dem Schnellen Brüter über den Deutschen Bundestag hier und heute lösen zu können. Das war doch der eigentliche Grund.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Bundeswirtschaftsminister, Sie haben auch zum langfristigen Bedarf an Kohle einige Bemerkungen gemacht, denen wir zustimmen können. Aber — und das ist eben das Trauerspiel dieser Debatte zur Unzeit — sie gibt uns keine Gelegenheit, einmal wirklich ernsthaft darüber zu diskutieren, wo denn der Standort der deutschen Steinkohle über das Jahr 1987 hinaus denkbar ist, und sie gibt uns keine Möglichkeit, darüber zu diskutieren, wie die Weichen so gestellt werden können, daß der Mehrbedarf an deutscher Steinkohle, von dem Sie auch gespro-

chen haben, wirklich in späteren Jahrzehnten befriedigt werden kann. (C)

Herr Minister, Sie haben dann hier eine Aufzählung all der Erfolge — oder: Scheinerfolge — der Koalition in Verfolgung der zweiten Fortschreibung des Energieprogramms vorgetragen. Hierin gibt es sicherlich eine Reihe von Tatbeständen, an deren Schaffung wir auch mitgewirkt haben, die begrüßenswert und in Ordnung sind.

(Dr. Steger [SPD]: Sehr gnädig!)

Aber dem entscheidenden Problem, das auch mit der Frage, die wir heute hier diskutieren, der Energieversorgung und der Stromversorgung, zusammenhängt, dem Problem, wie man **Umweltschutz und Energieversorgung** zusammenpacken kann, wie man das Bundes-Immissionsschutzgesetz endlich so zurechtschneiden kann, daß alle die Investitionen, die nach wie vor blockiert werden, realisiert werden können, sind Sie mit der, wie ich meine, etwas zu dünnen Bemerkung ausgewichen, Sie hofften auf eine baldige Verabschiedung. Herr Minister, es bedarf allerdings noch sehr erheblicher Anstrengungen, wenn wir die Idee, die Bundesrepublik in zwei Belastungsgebiete zu unterteilen, wieder aus der Welt schaffen wollen, weil sicher ist, daß wir mit dieser Idee die gemeinsame Absicht, auch in anderen Ländern, in revierfernen Ländern Steinkohlekraftwerke zu bauen, nicht verwirklichen können.

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen ist hier dankenswerterweise, so wie ich das sehe und der Presse entnommen habe, ein wenig in Vertretung von Herrn Minister Riemer oder Herrn Minister Hirsch erschienen. (D)

(Zurufe von der SPD)

— Ja, doch.

(Ministerpräsident Rau [Nordrhein-Westfalen] erhebt sich auf der Bundesratsbank)

Der Herr Ministerpräsident hat verhindern wollen, daß Herr Riemer heute seine wahre Meinung über den Schnellen Brüter hier in diesem Plenum kundgibt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies, Herr Ministerpräsident, ist natürlich Ihr gutes Recht. Aber Sie haben damit ein wenig davon abgelenkt — Sie haben selber davon gesprochen —, daß es notwendig sei, so zu diskutieren, daß wir zu einer Erhöhung der Glaubwürdigkeit kommen. Glauben Sie denn wirklich im Ernst, daß der Teil der Kernenergie Diskussion, den Herr Minister Riemer angezettelt hat, und der Teil der Kernenergie Diskussion mit dem berühmten grünen Aktenordner, den Herr Minister Hirsch angezettelt hat, ein Beitrag sind, um die Glaubwürdigkeit der Diskussion um diese schwierigen Probleme zu erhöhen? Ich bin da ganz anderer Meinung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben dankenswerterweise wieder klargestellt, warum wir diese Debatte führen. Wir führen diese Debatte nicht wegen der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, sondern allein, um Ihnen zu hel-

Minister Dr. Remmers (Niedersachsen)

(A) sage auch hier: Die Gesamtschule hat für uns ihre Serientauglichkeit noch nicht bewiesen.

Hier in dieser Diskussion geht es jedoch nicht um die Landespolitik; hier geht es allein um das Sichtbarmachen und die Sicherung der **gesamtstaatlichen Verantwortung**. Der Bundestag befindet sich insofern in der glücklichen Lage — so könnte man sagen —, für die Kinder in den Schulen nicht unmittelbar haften zu müssen. Die Kultusminister haben dagegen im Rahmen der KMK die Aufgabe, die **Freizügigkeit und Vergleichbarkeit der Bildungschancen** in unserem Staat zu sichern.

Der Kulturföderalismus ist von Hause aus ein Instrument der Verständigung und des Ausgleichs, ohne Unterschiede verwischen zu müssen. Der Kulturföderalismus ist gewissermaßen ein Kernstück unserer pluralistischen Gesellschaft, die es für wichtig hält, das Gespräch mit dem Andersdenkenden nicht abreißen zu lassen. Bisher ist die KMK — zugegeben: wenn auch unter Mühen — ihren Aufgaben gerecht geworden. Dem Bund stünde es gut an, den Kulturföderalismus zu respektieren, statt ihn, wie wir es heute bei Herrn Schmude gemerkt haben, mit seiner Vorliebe für die Polarisierung zu gefährden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich bin innerhalb der Bund-Länder-Kommission nicht zurückgetreten, um ein Ende zu machen, sondern um einen Anstoß für eine erneute bildungspolitische Nachdenklichkeit zu geben. Ich möchte deshalb hier auch nicht Vergangenheitsbewältigung betreiben, sondern nur fragen: Wie kann es weitergehen? Niemand kann und will im Ernst die Gesamtschüler von heute über ihre künftigen Abschlüsse im Ungewissen lassen. Niemand von uns wird die Absicht haben, die Gesamtschüler gewissermaßen freiwillig zu Märtyrern zu machen.

(B)

Die Gesprächsmöglichkeiten innerhalb der KMK sind noch nicht voll ausgeschöpft. Die öffentlichen Äußerungen von Bildungspolitikern aus den verschiedenen politischen Lagern geben zu erkennen, daß die **Chance für ein erfolgreiches Weiterverhandeln** durchaus gegeben ist. Dies hat auch die Debatte heute meiner Ansicht nach gezeigt. Ich bin also in dieser Hinsicht kein Pessimist. Ich bekenne offen: Ich habe die Hoffnung, daß wir uns auf die wirklichen Fragen im Zusammenhang mit der Schule, wie ich sie angedeutet habe, einlassen.

Wenn wir das tun, dann werden wir auch mit ein wenig mehr Gelassenheit an die Fragen der **Vergleichbarkeit der Abschlüsse** erneut herangehen können. Lassen sie mich hier einmal deutlich machen, worum es bei dieser Vergleichbarkeit geht. Wir müssen ja einen Maßstab haben. Wir haben von unserer Seite gesagt: Wir nehmen den Maßstab des gegliederten Schulwesens und dessen Abschlüsse.

(Daweke [CDU/CSU] [auf Bundesminister Dr. Schmude zeigend]: Der aber auch!)

Dies ist zunächst einmal wichtig, weil wir gar keinen anderen Maßstab haben. Aber — das sage ich hier auch — wir können an eine solche Vergleichbarkeit natürlich nicht mit der Mikrometerschraube heran-

gehen und ganz genau austüfteln, wie sich das in jeder Einzelheit darstellt. Vielmehr brauchen wir da eine gewisse Bandbreite. Denn es gibt natürlich auch im gegliederten Schulwesen bei den Abschlüssen eine gewisse Bandbreite. Sie wissen ganz genau, daß man an dem einen Gymnasium so ein Abitur und an jenem so eines bekommen kann. Auch gibt es Unterschiede hinsichtlich eines Realschulabschlusses; es gibt einen Realschulabschluß, den ich an einer normalen Realschule erworben habe, und einen solchen, den ich in einer zweijährigen Fachschule, an der Berufsschule, einer Vollzeitschule erworben habe. Insofern muß es — das darf ich hier einmal für alle sagen — hinsichtlich dieser Vergleichbarkeit, die notwendig ist, die aber nicht Gleichheit sein kann, eine gewisse Bandbreite geben. Dies muß aber andererseits bedeuten, daß in etwa gesagt wird, wieviel Stundeneinheiten ein Schüler, der einen Realschulabschluß erworben hat — egal, wo —, über die Jahre — grob gerechnet — abgeleistet hat. Man kann hier zwar eine gewisse, knappe Bandbreite zulassen, aber man kann nicht akzeptieren, daß der eine Schüler beim Erwerb seines Schulabschlusses die Stundenzahl eines ganzen Jahres weniger abgeleistet hat als ein anderer Schulabgänger; das ist nicht möglich.

In diesem Sinne sage ich also, wir sollten mit einer gewissen Gelassenheit und nicht mit der Mikrometerschraube an die Festlegung der Leistungsprofile herangehen. Das sollten wir schon deshalb nicht tun, weil wir im übrigen unser gesamtes Schulwesen — auch das gegliederte — weiterentwickeln wollen und weil es sich weiterentwickelt. Zu dieser Gelassenheit gehört dann auf der anderen Seite aber auch, daß Allzweckwörter wie Emanzipation, Sozialisation, Angstreifheit und ähnliche durch konkrete, für jeden vollziehbare Zielbeschreibungen ersetzt werden; dies ist auch notwendig.

(Daweke [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, ich meine, daß wir der jungen Generation diese Gelassenheit und die erforderliche Gesprächsbereitschaft schuldig sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Frau Renger:** Das Wort hat Herr Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen).

(Daweke [CDU/CSU]: Welche Ehre, welche Ehre, mein Lieber!)

Ministerpräsident **Rau** (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zurufe von der CDU/CSU: Frau Präsident!)

— Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! — Entschuldigung, ich bin in Gedanken noch ganz in Düsseldorf.

(Daweke [CDU/CSU]: Da gibt es eine Krise! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Da geht die Regierung kaputt! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen)

(A) — Ach, machen Sie sich keine Sorgen um unsere Regierung. —

(Daweke [CDU/CSU]: Ja, doch!)

Sie haben in der Debatte des heutigen Tages mit mancherlei Beiträgen sehr oft nach Nordrhein-Westfalen geblickt. Es hat schon in der Rede des Herrn Abgeordneten Pfeifer und später in anderen Diskussionsbeiträgen Hinweise auf die Situation in der nordrhein-westfälischen Landespolitik und auf ihre Ziele gegeben. Dabei ist u. a. auch der Verdacht geäußert worden, daß das Bestreben unserer Landesregierung, ab 1980 mehr Möglichkeiten für mehr Gesamtschulen als Angebote neben dem herkömmlichen Schulsystem zu haben, nichts anders als der Versuch sei, das wieder wettzumachen, was mit dem Volksbegehren gegen die kooperative Schule aus der Sicht der Koalition in Verlust geraten ist.

(Dr. Hennig [CDU/CSU]: So ist es doch!)

Mich hat die Debatte heute in einigen Teilen — der letzte Diskussionsbeitrag hat sich da wohl tuend abgehoben — weniger an das Volksbegehren gegen die kooperative Schule erinnert, das wir vor zwei Jahren in der Tat nicht haben zum Erfolg führen können

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Das sie verloren haben! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

(B) — ja, ja, das hatte ich im Vorsatz schon gesagt; ich habe Ihnen zugetraut, daß Sie den Vorsatz noch in Erinnerung haben —

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Ja sicher, Sie wollten es nur ein bißchen umschreiben!)

sondern mich hat die Debatte hier in einigen Teilen mehr an die Situation erinnert, die wir in Nordrhein-Westfalen vor zwei Jahrzehnten gehabt haben.

(Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Sie waren gar nicht da! Wann sind Sie denn gekommen?)

— Aber sicher. Wir kennen uns noch nicht lange genug. Fragen Sie einmal die Kollegen, wann ich gekommen bin!

(Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Heute früh waren Sie doch in Nordrhein-Westfalen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Das hat mich mehr an den Kampf der CDU/CSU für die Beibehaltung der Konfessionsschule und der konfessionellen Lehrerbildung als an die Diskussion erinnert, die wir hinsichtlich der Gesamtschule geführt haben.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Sie haben keine Ahnung von der Debatte! Er kommt nachmittags her und beschimpft uns! So geht es nicht! — Pfeifer [CDU/CSU]: Sie waren nicht bei der Debatte! Es ist nicht fair, jetzt zu schimpfen!)

Vizepräsident Frau Renger: Herr Ministerpräsident, fahren Sie bitte in Ihrer Rede fort. (C)

(Kroll-Schlüter [CDU/CSU]: Einen sachlichen Beitrag hören wir gern an, aber keine Zensur!)

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Ich habe den Beitrag, den Herr Kollege Remmers soeben hier geleistet hat — —

(Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Heute vormittag waren Sie nicht da!)

— Ich habe die Reden von heute vormittag nur nachlesen können.

(Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Die sind noch nicht abgedruckt! Reden Sie keinen Stuß!

— Weitere fortgesetzte Zurufe von der CDU/CSU)

— Darf ich jetzt meinen Diskussionsbeitrag leisten? Ich rede hier nicht für eine politische Partei wie Herr Streibl, sondern ich rede hier, um Ihnen die Position der nordrhein-westfälischen Landesregierung deutlich zu machen.

(Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Bleiben Sie doch bei der Wahrheit!)

Wenn Herr Kollege Remmers soeben gesagt hat — —

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU/CSU)

Vizepräsident Frau Renger: Meine Damen und Herren, bitte lassen Sie den Herrn Ministerpräsidenten jetzt in seiner Rede fortfahren. Sie haben sich dazu geäußert. (D)

Erlauben Sie eine Zwischenfrage, Herr Ministerpräsident?

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Ja, gerne.

Vizepräsident Frau Renger: Bitte, eine Zwischenfrage, Herr Dr. Hennig.

Dr. Hennig (CDU/CSU): Herr Ministerpräsident, können Sie mir verraten, wo Sie die Reden des heutigen Vormittags nachgelesen haben?

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Herr Abgeordneter, ich habe mir die Diskussionsbeiträge von meinen Mitarbeitern, die mitgeschrieben haben, in den Hauptteilen darstellen lassen, einige habe ich nachlesen können, und einige habe ich selber gehört. Zu denen wollte ich gern etwas sagen.

(Beifall bei der FDP — Franke [CDU/CSU]: Wie kommt der an die Reden?)

Ich habe beispielsweise die Rede des Hamburger Abgeordneten, dessen Namen ich nicht gegenwärtig habe, sehr genau gehört.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie kennen nicht einmal die Abgeordneten!)

— Ist es schlimm, wenn man nicht alle Abgeordneten kennt, weil man nicht oft im Bundestag ist? Es

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen)

(A) kommt doch vielmehr auf die Argumente als darauf an, wer was gesagt hat.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Zuruf von der SPD: Bei den Schreibern versäumen Sie nichts, wenn Sie die Namen nicht kennen! — Zuruf von der CDU/CSU: Was hat der Hamburger Abgeordnete denn Schlimmes gesagt?)

Ich habe geglaubt, es sei hier so, daß ein Redner seine Gedanken im Zusammenhang darstellen, daß er auf Zwischenfragen antworten kann und daß der Bundestag im übrigen eine Stätte des Hörens und Argumentierens und nicht der permanenten Unterbrechung ist.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Herr Kultusminister Remmers hat gesagt, es gehe bei der Schule um einen Maßanzug. Es gehe darum, daß wir jedem das ihm Angemessene anbieten. Er hat gesagt, die Anhänger der Gesamtschule sollten das „niedriger hängen“. Er hat weiter gesagt, daß das Stichwort von der Gesamtschule als der demokratischen Schule den Verdacht nähre, die Befürworter der Gesamtschule wollten sagen, die andere Schule sei nicht oder weniger demokratisch. Ich glaube, daß das herkömmliche, das gegliederte Schulwesen in unserem Land nicht diffamiert werden darf, weil die in ihm Tätigen vieles erbracht und geleistet haben und weil wir denen, die da lehren und lernen, helfen müssen, damit sie lehren und lernen können. Aber ich halte die Frage für berechtigt, ob dies die optimale Form sei oder ob man nicht eine andere Form gleichberechtigt danebenstellen sollte, wenn man glaubt, daß es eine andere Schulform gibt, in der besser gelehrt und besser gelernt werden kann als im herkömmlichen System. Dafür ist man dann in der Tat beweispflichtig.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich gebe zu, daß das allzu pauschale Reden von der Gesamtschule als der demokratischen Schule falsch ist, wenn es den Verdacht nährt, man wolle behaupten, sie sei die einzige demokratische Schule.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das war ein guter Satz!)

— Ich hatte die Absicht, noch ein paar gute Sätze zu sagen, z. B. den nächsten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wir werden hören!)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir dann die Rückfrage: Handelt nicht derjenige, der die Gesamtschule als „sozialistische Einheitsschule“ verurteilt, genauso fahrlässig und genauso böse wie diejenigen, die meinen, man müsse das gegliederte Schulwesen erst in Grund und Boden verdammen, bevor man ein gleichwertiges oder gar besseres danebenstellen dürfe?

(Beifall bei der SPD und der FDP — Daweke [CDU/CSU]: Das hat aber keiner gesagt!)

Und wer von der „Unterrichtskolchose“ spricht und die Gesamtschule meint — —

(Rawe [CDU/CSU]: Das hat keiner gesagt!)

— Lesen Sie denn nicht die apokryphen Schriften Ihrer eigenen Partei? Ich habe nicht behauptet, das habe heute jemand gesagt. Wir haben hier eine Debatte über Bildungspolitik, die nicht nur mit den heutigen Positionen und Argumenten zu tun hat, sondern in der man sogar noch den „Bayernkurier“ aus der vergangenen Woche zitieren darf, wenn man keine hygienischen Vorbehalte hat.

Vizepräsident Frau Renger: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rawe?

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Ja.

Vizepräsident Frau Renger: Bitte, Herr Rawe.

Rawe (CDU/CSU): Herr Ministerpräsident Rau, können wir uns denn auf folgendes verständigen? Sie selbst haben gerade gesagt, wir wollten hier nicht irgendwelche Scheingefechte führen.

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Richtig.

Rawe (CDU/CSU): Darf ich Sie dann fragen: Wer hat denn diese Vokabeln, die Sie jetzt in den Mund nehmen, heute in dieser Debatte gebraucht?

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Sie sind nicht heute in dieser Debatte gebraucht worden, aber mit diesen Vokabeln ziehen doch die engagierten Gegner der Gesamtschule von Ort zu Ort, und wer bei uns Lokalausgaben der Zeitungen liest, kann solche Zitate von verantwortlichen Politikern immer wieder lesen. Dagegen wehre ich mich.

Es hat ja heute auch keiner gesagt, daß wir diesen Versuch nicht machen sollten, die verschiedenen nebeneinanderzustellenden Schulformen aus dem Ideologieverdacht herauszuholen. Deshalb habe ich eben dem Herrn Kollegen Remmers, dem ich nicht in allem zustimme, für die Sachlichkeit seines Diskussionsbeitrages gedankt und habe hinzugefügt: Wer diese Sachlichkeit will, darf dann aber nicht draußen im Lande eine Schule unter Ideologieverdacht stellen, wie das vielerorts geschieht.

Richtig ist, daß es die angstfreie Gesellschaft nicht gibt. Richtig ist, daß es die angstfreie Schule nicht gibt. Auch da ist Herrn Kollegen Remmers zuzustimmen. Sie haben dafür ein Bibelwort zitiert, Sie haben gesagt, das stehe sogar da: „In der Welt habt ihr Angst.“ — Richtig, aber es geht ja weiter. Da heißt es dann: „Aber seid getrost.“

Dann gibt es noch ein paar Stellen, an denen steht, daß „Furcht nicht in der Liebe“ ist und daß es zum Wesen der Gesellschaft gehört, daß wir Furcht und Angst abbauen. Und da darf doch wohl jemand der Meinung sein, daß die eine Schule dafür bessere Voraussetzungen bietet als die andere.

(Beifall bei der SPD und der FDP)



Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen)

(A) Leistung und Vergnügen darf man nicht so auseinandernehmen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ein toller Satz!)

— Er ist nicht von mir, er ist von Herrn Remmers. — Beides gehört zusammen: richtig. „Leistung“ ist kein obszönes Wort. Ganz im Gegenteil, wir leben von der Leistung, wir leben von der Leistung aller Menschen, auch und besonders der Arbeitnehmer in unserem Lande. Aber dann muß doch wohl die Frage erlaubt sein, ob es nicht — auch für die Arbeitnehmer — eine bessere Schule gibt als das gegliederte Schulsystem. Das ist eine Frage, die uns bewegt.

(Beifall bei der SPD)

So wenig „Leistung“ ein obszönes Wort ist, so wenig darf das Wort „gesamt“ die Menschen gleich unter Ideologieverdacht bringen und verdächtigen.

(Zustimmung bei der SPD — Hasinger [CDU/CSU]: Und „gegliedert“ auch nicht!)

Wenn wir Vergleichbarkeit erreichen wollen, müssen wir über die Kriterien des Vergleichbaren und über die Methoden der Leistungsmessung und des Leistungsdrucks, die es gibt, reden, und wir müssen darüber reden, wie man verhindert, daß man Leistung so mißt, daß das Reformziel der Alternative deshalb nicht erreicht werden kann, weil die Leistungskriterien des Herkömmlichen die eigentlichen Kriterien und die eigentlichen Maßstäbe sind.

(B) Wir in Nordrhein-Westfalen haben zehn Jahre Schulversuch mit der Gesamtschule hinter uns. Wir haben die Gesamtschulversuche wissenschaftlich ausgewertet. Wir haben mit diesem einmaligen Versuch wissenschaftlicher Begleitung in der Gesamtschule die wissenschaftlich bestuntersuchte Schule in der Geschichte des Schulwesens. Man darf ja wohl hinzufügen, daß dabei nicht nur Gutes, nicht nur Lobenswertes, nicht nur Unkorrigierbares zustande gekommen ist. Das wußten die, die diese Untersuchung in Auftrag gegeben haben. Aber glauben Sie denn, bei der Untersuchung des Gymnasiums, der Realschule und der Hauptschule, in welchem Bundesland auch immer, kämen nur Lobsprüche zustande und da würden nicht Defizite offenbar, die es seit Jahren und Jahrzehnten in unserem Schulwesen gibt, nicht wegen der Leute, die da lehren und lernen, sondern trotz deren Anstrengungen? Davon muß die Rede sein dürfen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen die Gesamtschule — wir haben 32 davon — nicht als Zwangsgesamtschule, wie heute morgen Herr Kollege Vogel zitiert hat, sondern wir möchten gerne angesichts eines zunehmenden Drucks von Eltern, daß es mehr Elternrecht und mehr Elternwillen in Nordrhein-Westfalen gibt und daß er sich stärker realisieren kann als bisher.

(Hasinger [CDU/CSU]: Das ist doch grotesk nach dem Volksbegehren! Warum haben Sie gezögert, das Koop-Volksbegehren durchzuführen? Das war ein Ausdruck des Elternwillens!)

(C) Das Volksbegehren richtete sich ja nicht gegen die Gesamtschule, sondern gegen die Förderstufe. Die war nicht nur in Nordrhein-Westfalen beabsichtigt. Es gibt andere Länder, in denen es eine Förderstufe gibt. Da gibt es keine Volksbegehren dagegen, da gibt es keine Hirtenbriefe gegen die Förderstufe. Offenbar hat das von Ort zu Ort auch etwas mit Regierungssystemen zu tun.

(Hasinger [CDU/CSU]: Sie sind über den Elternwillen belehrt worden!)

Wir haben Jahr für Jahr für mehr als ein Drittel der Anmeldungen an den Gesamtschulen keine Plätze. Wir haben einige Schulen, bei denen wir weit über die Hälfte der Anmeldungen abweisen müssen. Wir haben positive Urteile der Eltern, der Schüler, der Lehrer und der Schulaufsicht. Wir schließen aber in Nordrhein-Westfalen daraus nicht, daß nun die Zeit des Angriffs auf das herkömmliche Schulsystem gekommen wäre.

(Pfeifer [CDU/CSU]: Das kann man aus Ihren Reihen auch anders hören!)

— Deshalb rede ich hier als Ministerpräsident, damit deutlich ist, was Nordrhein-Westfalen will.

(Daweke [CDU/CSU]: Mindestens bis 1980!)

Wir schließen daraus, daß die Gesamtschule aus dem Charakter des Schulversuchs heraus muß in den der Angebotsschule und daß sie gleichberechtigt und gleichwertig neben das herkömmliche gegliederte Schulsystem überall da gestellt werden soll, wo die Eltern das wollen.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Hasinger [CDU/CSU]: Die gleichen Reden haben wir bei Koop gehabt!)

— Nein, die gleichen Reden haben wir bei Koop nicht gehalten. Da kann ich Sie nur fragen: Wo waren Sie denn, als ich da geredet habe?

(Zuruf von der SPD: Er hat es damals nicht verstanden!)

Die Gesamtschule wird nach meiner persönlichen Überzeugung den Herausforderungen der 80er Jahre besser gerecht. Sie ist nicht die angstfreie Schule, aber sie kann die Schule mit weniger Angst sein.

(Zuruf von der CDU/CSU: Und weniger Leistung!)

Sie ist keine Schule ohne Leistung, aber sie kann eine Schule mit anderen Kriterien der Leistungsmessung als die herkömmliche Schule sein.

(Rühe [CDU/CSU]: Sagen Sie doch: weniger Leistung! Das ist bei Ihnen in Nordrhein-Westfalen nachgewiesen!)

— Nicht weniger. Nein, das ist nicht nachgewiesen: weniger Leistung.

(Rühe [CDU/CSU]: Heute in der FAZ! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

(D) Vizepräsident Frau Renger: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie wirklich, den Herrn Ministerpräsidenten ausreden zu lassen. Sie können Zwischenfragen stellen, Sie können zur Diskussion re-

Vizepräsident Frau Renger  
(A) den lassen, aber es ist doch ein Akt der Höflichkeit, dem Ministerpräsidenten die Möglichkeit zum Reden zu geben.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Meine Damen und Herren, Sie wissen, es gibt kein Werk, geschweige denn ein achtbändiges, aus dem man nicht die Zitate herausziehen kann, die einem gerade passen. Das können Sie auch mit einer Evangelien-synopse machen. Damit haben sie aber noch keine Bewertung der Gesamtschule geliefert.

Vizepräsident Frau Renger: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Ja.

Vizepräsident Frau Renger: Bitte, Herr Abgeordneter.

Rühe (CDU/CSU): Herr Ministerpräsident, würden Sie es für ein unzulässiges Herausziehen von einzelnen Sätzen halten, wenn in der FAZ von heute in bezug auf Ihr Land festgestellt wird: „Das zentrale Ergebnis ist jedoch, daß bei Abschluß der Pflichtschulzeit, also nach dem neunten Schuljahr, die Schüler der Gesamtschulen deutliche Leistungsrückstände in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und im Prinzip auch in Physik gegenüber den Schülern an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien im gleichen Jahrgang haben“?

(B) Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Ja, das würde ich für eine unzulässige Verkürzung des Berichts halten.

(Rawe [CDU/CSU]: Dann sollten Sie ihn vollständig lesen!)

— Das werde ich tun, Herr Abgeordneter! Ich bin bereit, mit Ihnen jede Wette zu machen, Daß auch Sie ihn noch nicht vollständig gelesen haben, jedenfalls noch nicht alle acht Bände. Aber es gibt keinen, dem ich nicht zutraue, daß er nicht durch Lesen noch klüger wird, als er schon ist. Es kommt allerdings auf die richtige Lektüre an.

(Rawe [CDU/CSU]: Jetzt hat er zugegeben, daß er ihn nicht gelesen hat!)

In unserem Land haben die Eltern und die Schüler und die Lehrer derer, die Gesamtschulen besuchen, ein Ja zu dieser Schule gesagt. Wir werden keinen zwingen, diese Schule zu besuchen, und wir werden keine Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Wahlfreiheit der Eltern eingegrenzt wird.

(Hasinger [CDU/CSU]: Das glaube ich nicht!)

Aber eine Partei wie die CDU und die CSU, die jahrelang das Wort „Elternrecht“ auf ihre Fahne geschrieben hatte, als das nach dem vermuteten Willen der Eltern ihr zugute kam, sollte jetzt hinnehmen und akzeptieren, daß sie, wenn Eltern andere Wege gehen wollen, nicht die Vormünder dieser Eltern zu sein hat, sondern daß der Staat die Wege freizugeben hat, die Eltern für ihre Kinder und mit ihren Kindern gehen wollen.

Vizepräsident Frau Renger: Gestatten sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Daweke,

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Ja.

Vizepräsident Frau Renger: Bitte.

Daweke (CDU/CSU): Herr Ministerpräsident, wie wird denn das konkret beispielsweise in dem Teil unseres Bundeslands, aus dem ich komme, in Ostwestfalen, aussehen, wenn Sie vor die Frage gestellt sind: Sollen Sie jetzt diesem Elternwillen einer Minderheit nachgeben und die Gesamtschule unter Aufgabe des dreigliedrigen Schulwesens am Ort einführen? Wir haben ja nur eine ländliche Region, und —

Vizepräsident Frau Renger: Sie haben eine Zwischenfrage gestellt. Danke schön.

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Herr Abgeordneter, ich glaube, daß diese Frage eine rhetorische Frage ist, und zwar deshalb, weil in Nordrhein-Westfalen bei über 7 000 Schulen nur 32 Gesamtschulen existieren und weil selbst dann, wenn die Mehrheit der Eltern eine Gesamtschule will, natürlich der Schulträger sicherstellen muß, daß Gymnasien und Realschulen in ebenso zumutbarer Weise wie Gesamtschulen erreicht werden können.

(Daweke [CDU/CSU]: Wie soll denn das gehen?)

Das halte ich für selbstverständlich.

(Pfeifer [CDU/CSU]: Geben Sie dafür eine Bestandsgarantie?)

— Nicht für jede einzelne Schule.

(Pfeifer [CDU/CSU]: Das ist das Problem!)

Das können sie gar nicht. Gibt es denn bei Ihnen eine Bestandsgarantie für jede einzelne Schule angesichts eines Ersatzschulfinanzgesetzes mit 120 privaten Gymnasien, von denen 90 % in konfessioneller Trägerschaft sind?

(Wehner [SPD]: Es geht nicht um die Sache, sondern um das Stören! Herr Ministerpräsident, mißverstehen Sie das bitte nicht!)

— Herr Abgeordneter Wehner, ich spreche nicht so oft im Bundestag.

(Pfeiffermann [CDU/CSU]: Gott sei Dank!)

— Das war ein ganz besonders charmanter Zwischenruf. Wenn jemand auf die Rede eines Bundesratsmitglieds, der sagt: „Ich spreche nicht so oft im Bundestag“, „Gott sei Dank“ ruft, dann kann ich nur sagen: Was haben Sie für ein Verständnis von Verfassungsorganen und von Gott!

(Beifall bei der SPD und der FDP — Zuruf von der CDU/CSU)

Die Leistungsfähigkeit der Gesamtschule als Schulform hat sich bei uns erwiesen. Es gibt Mängel. Diese Mängel sind aufgezeigt worden. Sie sind ernst zu nehmen, aber behebbar. Die vorliegenden Auswertungsmaterialien sind eine umfassende und ausreichende Grundlage zur Beurteilung der Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen.

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen)

- (A) Deshalb liegt die Änderung des Rechtsstatus der Gesamtschule von der Versuchsschule zur Angebotsschule nahe. Aber wir möchten vor einer solchen Entscheidung die öffentliche und die parlamentarische Diskussion, und wir wollen die Ergebnisse der Diskussion in die Entscheidungen der Landesregierung einbeziehen. Das kann nur dann geschehen, wenn wir für die Argumente des anderen offen sind, wenn wir die sachliche Auseinandersetzung suchen, wenn wir die Beurteilungskriterien offenlegen, auch die, die uns zu Präferenzen für bestimmte Schulen geführt haben, und wenn wir die Schulen aus der Keulenschlacht des Wahlkampfes heraushalten, in die wir sie nicht hineingebracht haben.

(Dr. Hennig [CDU/CSU]: Das müssen gerade Sie sagen!)

damit es nicht zur Auseinandersetzung auf dem Rücken von Schülern, Eltern und Lehrern kommt. Ich, der ich achteinhalb Jahre lang der Kultusministerkonferenz angehört habe, hoffe, daß dort noch die Möglichkeit zum Konsens ist, daß dort keine Außensteuerung stattfindet, daß dort nicht um des Wahlkampfes willen Prinzipien geopfert, Alternativen verschwiegen, Offenheiten mißbraucht werden. — Herzlichen Dank denjenigen, die bereit waren, zuzuhören.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Herr Minister Professor Herzog (Baden-Württemberg).

- (B) Minister Dr. Herzog (Baden-Württemberg): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme zum Bildungsgesamtplan zurück; denn über den wird heute gesprochen. Ich sage am Ende dieser Debatte ausdrücklich noch einmal für mich und meine Kollegen aus den CDU- und CSU-regierten Ländern, daß wir weiterhin gesprächsbereit sind, daß wir nicht davon ausgehen, den Bildungsgesamtplan platzen zu lassen, daß wir aber nach älteren und jüngeren Erfahrungen jetzt eine Reihe von Bedingungen zu formulieren haben.

Erstens. Wir wollen — und das ist ein gerechtes Verlangen — glasklare Abmachungen. Wir werden uns nicht mehr auf Formelkompromisse einlassen. Dazu sind wir zu oft hinters Licht geführt worden. Die Geschichte, die der Herr Ministerpräsident Dr. Vogel heute früh vorgetragen hat, ist eine Geschichte von ununterbrochenen Alleingängen, zum Teil Vertragsbrüchen der anderen Seite. Darauf werden wir uns nicht mehr einlassen. Das geht bis hin zur Verfahrenseinigung vom 18. Juni.

Wenn eine Verfahrenseinigung darin besteht, daß man zunächst ohne jegliche Wertung unterschiedliche Positionen gegeneinanderstellt und die eine Seite dann hinausgeht und dies als den Kompromiß feiert, und darin, daß man ehrliche, grundsätzliche und richtige Verfahrens- und Beratungsvorschläge vereinbart und die andere Seite hinausgeht und nach einem Vierteljahr in der Achter-Kommission Bedingungen aufstellt, die die Weiterarbeit unmöglich machen — das war die SPD-Seite, das war der Staatssekretär Thiele aus Düsseldorf —, dann kön-

nen wir sagen: auf dieser Basis nicht. Ich sage aber ausdrücklich: Wenn wir zu klaren Formulierungen kommen — das wird Zeit kosten —, wollen auch wir diesen Bildungsgesamtplan. (C)

Zweitens. Wir verlangen — und das ist ein gerechtes Verlangen — klare Verhältnisse in dieser Planung. Das bedeutet, daß wir über die Finanzierung Bescheid wissen müssen.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

Allein für das Jahr 1983 differieren die Vorstellungen der Kultusministerseite und der Finanzministerseite um acht bis zehn Milliarden DM. Ich gebe meine Unterschrift nicht unter ein Papier, in dem die Bürger dieses Landes wieder einmal mit großen Versprechungen belogen, hinters Licht geführt werden und man ihnen nicht sagt, daß am Ende, vor der Unterschrift der beteiligten Ministerpräsidenten und Minister, ein allgemeiner Finanzierungsvorbehalt steht. Das können wir unseren Mitbürgern nicht zumuten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen auch insofern klare Verhältnisse — auch das ist ein billiges Verlangen —, als wir endlich wissen wollen, worin sich die Gesamtschulen und die Regelschulen in allen Ländern in ihren Leistungen, in dem, was geboten, und in dem, was verlangt wird, unterscheiden und worin sie sich ähnlich sind.

Die Arbeiten der vorhin schon zitierten Achter-Kommission haben ergeben, daß die Verhandlungspositionen, mit denen die CDU-regierten Länder, und die, mit denen die SPD-regierten Länder in die Beratungen gegangen sind, bei der Hauptschule um fast 1000 Unterrichtsstunden in fünf Schuljahren, bei der Realschule und bei den Gymnasien in sechs Schuljahren um über 1300 Unterrichtsstunden differieren. Meine Damen und Herren, wer rechnen kann, der sieht, daß es hier um ein volles Schuljahr geht, von dem der Herr Kollege Remmers vorhin gesprochen hat. Wir werden in diesen Verhandlungen nie hundertprozentige Einigkeit, hundertprozentige Regelzahlen verlangen oder erreichen können. Aber wenn es um den Unterschied eines Schuljahres geht, meine Damen und Herren, muß ich Sie fragen: Wie soll ich mich vor meine baden-württembergischen Eltern und Schüler hinstellen, um ihnen zu erklären, daß bei dieser Bandbreite die gleichen Berechtigungen erteilt werden? Darüber wird man reden müssen, darüber wird man auch reden können. Aber es geht nicht so, Frau Schuchardt, daß man im Gesetz festsetzt, daß das alles gleichwertig sei, oder, wie der Kollege Rasch sagt, das alles „garantiert“. Ich weiß auch, daß es hier nicht nur um Zahlen, um Stunden und dergleichen geht; das ist völlig klar. Aber irgendwo hängen die Dinge doch zusammen. Ich muß dringend dazu raten, daß wir uns über diese Fragen konkret, nüchtern, kompromißbereit und ohne Zugzwang — weil der Bildungsgesamtplan gerade jetzt oder im März 1980 unterschrieben werden soll — noch einmal unterhalten. (D)

Drittens. Wir wollen, daß wir uns in diesem Zusammenhang alle gegenseitig nichts in die Taschen lügen und nichts in die Taschen lügen lassen. In Ba-

Bundesminister Dr. Bangemann

- (A) Es wäre verfehlt, unter dem Eindruck des Unfalls von Tschernobyl nunmehr die Lösung aller energiepolitischen Probleme nur unter dem Blickwinkel der Kernenergie zu sehen.

(Lenzer [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Langfristig angelegte Politik ist nur dann erfolgreich — und zwar gerade als Energiepolitik nur dann erfolgreich —, wenn sie die richtigen Rahmenbedingungen für eine zugleich sichere, umweltfreundliche und preisgünstige Energieversorgung setzt. Dafür haben wir die Weichen richtig gestellt.

Dazu gehört auch der Einsatz der Kernenergie auf überschaubare Zeit.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Ist das die Position der FDP?)

Die Bundesregierung hat die Sicherheit der Kernkraftwerke immer an die erste Stelle gesetzt. Deshalb ist die Nutzung der Kernenergie zu verantworten. Wir müssen dafür wirken, daß Sicherheitsüberlegungen in anderen Ländern den gleichen Rang bekommen.

Der Energiebericht hat die wirtschaftlichen und die ökologischen Vorteile im einzelnen dargelegt. Umweltentlastung, Schonung der begrenzt vorhandenen fossilen Ressourcen — auch und vor allem im Interesse der Entwicklungsländer —, Verminderung von Klimarisiken, kostengünstige Stromerzeugung im Interesse von Wachstum und Beschäftigung und die Nutzung der Kernenergie als moderner Technologie sind die entscheidenden Gründe. Verantwortliche Politik gebietet, all diese Faktoren und die Risiken in die Abwägung einzubeziehen.

Deswegen, meine Damen und Herren, können wir für einen absehbaren Zeitraum auf die Nutzung von Kernenergie nicht verzichten. Wir brauchen es auch nicht, weil die Sicherheitsvorschriften, die wir anwenden, zu den besten gehören, die es auf der Welt gibt.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Oje, oje!)

Auf lange Sicht wird die Zukunft der Kernenergie davon abhängen, ob es gelingt, in bezug auf Sicherheit, Umweltfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit bessere Versorgungsalternativen zu finden. Daran arbeitet die Bundesregierung. Für uns ist die Kernenergie nicht das letzte Wort. Aber wir müssen sie jetzt nutzen, um auch diese Zukunftsmöglichkeiten zu erreichen. Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß uns das gelingen wird.

Die Bundesregierung wird daran arbeiten. Sie wird ihre erfolgreiche Energiepolitik fortsetzen und damit eine Grundlage auch für eine gedeihliche Entwicklung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der CDU/CSU: Wir werden ihr dabei helfen! — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Eine blasse Rede!)

Präsident Dr. Jenninger: Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen. (C)

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU — Seiters [CDU/CSU]: Sie haben sich nicht zufällig verlaufen?)

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung legt ihren Energiebericht in einer Situation vor, in der die Energiepreise weltweit einen Kollaps erleben

(Beckmann [FDP]: Aha!)

und ihre weitere Entwicklung ungewisser ist denn je und in der eine heftige Debatte über die künftige Energieversorgung die Bürger tief bewegt. In dieser Situation erwarten die Menschen Orientierung, Perspektive, politische Führung.

(Beifall bei der SPD — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Oh!)

An diesen Ansprüchen gemessen, kommt man nicht zu einem positiven Urteil über diesen Energiebericht.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr! — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Jetzt wird es lyrisch!)

Wer ihn liest,

(Gerstein [CDU/CSU]: Man muß ihn aber gelesen haben!)

wird sich fragen: Sind das nicht Steine statt Brot? (D)

(Oh-Rufe bei der CDU/CSU)

Ist das nicht ein Dokument politischer Sprachlosigkeit, das zukunftsweisende Antworten verweigert?

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir in Nordrhein-Westfalen sind von diesem Energiebericht und seinen Inhalten im Wortsinne betroffen.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Verhöhnern statt lesen! — Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Als Ministerpräsident des Energiezentrums Nordrhein-Westfalen, in dem fast jede zweite Kilowattstunde Strom hergestellt wird und aus dem 90% der deutschen Steinkohle und Braunkohle kommen,

(Gerstein [CDU/CSU]: Da sollten Sie mit dem Bericht ganz zufrieden sein!)

sage ich der Bundesregierung: Die Energiepolitik, für die dieser Bericht steht, hat keine Zukunft.

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU/CSU)

Mehr noch: Sie gefährdet auf mittlere Sicht

(Feilcke [CDU/CSU]: Sie haben Ihre Zukunft hinter sich, Herr Rau!)

Zehntausende von Arbeitsplätzen im Kohlebergbau.

(Zuruf von der CDU/CSU: Absolut falsch!)

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

- (A) In den vergangenen Jahren war es unsere gemeinsame Überzeugung: Wir brauchen eine Politik weg vom Öl,

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist die Kohle-Lüge von Ihnen!)

eine Politik, die unsere Abhängigkeit von Energieimporten verringert und nicht vergrößert. Im neuen Bericht ist davon nicht einmal die Rede, geschweige denn von Konsequenzen aus diesem Grundsatz.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: In der Tat ein dünner Bericht!)

Die Politik der sozialliberalen Regierung, die Politik Helmut Schmidts, war getragen von der Überzeugung: Wir brauchen einen leistungsfähigen Steinkohlebergbau, der uns jedenfalls in gewissem Umfang vor weltwirtschaftlichen Risiken schützt. Wir brauchen eine Energiepolitik, die der Steinkohle Chancen auf den Energiemärkten in unserem Lande erhält und sie bewußt unterstützt.

(Beifall bei der SPD — Gerstein [CDU/CSU]: Das steht aber in dem Energiebericht so drin!)

Es war unsere gemeinsame Überzeugung, daß das nicht nur im Interesse der Kumpel ist, sondern in unser aller Interesse.

(Gerstein [CDU/CSU]: So steht es im Energiebericht!)

Auch der gegenwärtige Bundeskanzler hat solche Erklärungen abgegeben.

- (B) (Feilcke [CDU/CSU]: Der gegenwärtige ist auch der zukünftige!)

Aber wenn man den Energiebericht liest, dann stellt man fest, daß diesen Worten keine Taten folgen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Sagen Sie doch mal etwas zu Ihrer Position!)

Die Bundesregierung scheint die aktuellen Probleme der Kohle nicht zu sehen.

(Beckmann [FDP]: Und was ist mit EBV?)

Sie sieht tatenlos zu, wie die kostengünstige Braunkohle wider alle ökonomische Vernunft aus der Verstromung gedrängt wird.

(Beifall bei der SPD)

Sie verschließt die Augen davor, daß der weltweite Verfall der Ölpreise die Steinkohle erneut in Bedrängnis bringt.

(Fellner [CDU/CSU]: Verlesen Sie sich nicht!)

Wie sehen die Zahlen aus? — 1984 wurden 127 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, 1985 nur noch 121 Millionen Tonnen, und in diesem Jahr werden es voraussichtlich noch 115 Millionen Tonnen sein.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Manche fürchten sogar, die rheinischen Braunkohlenwerke würden in diesem Jahr die Förderung um 10 Millionen Tonnen zurücknehmen. Dafür gibt es einen einzigen, sehr einfachen Grund: Das RWE

verstromt weniger Braunkohle, statt dessen geht das Kernkraftwerk Müllheim-Kärlich ans Netz. (C)

Ich frage: Ist es energiepolitisch vertretbar, daß die teure und risikoreiche Atomenergie die kostengünstige Braunkohle aus der Stromversorgung verdrängt?

(Beifall bei der SPD)

Wäre es nicht besser, der Braunkohle den Rücken zu stärken und uns ein Stück Versorgungssicherheit zu erhalten?

(Beifall bei der SPD — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Das ist ja auch wirklich die umweltfreundlichste Technologie!)

Wer vom Energiebericht der Bundesregierung darauf eine Antwort erwartet, wird enttäuscht. Er findet nur Allgemeines und Unverbindliches.

(Senft [GRÜNE]: Das ist doch Ihr Stille!)

Wenn dieser Energiebericht unkorrigiert verwirklicht würde, dann hieße das im Klartext: Es kommt zu weiteren Zechenstilllegungen und zu weiterem Beschäftigungsabbau.

(Dr. Vogel [SPD]: So ist es! — Zurufe von der SPD: Leider wahr!)

Die Förderung geht zurück. An der Ruhr wird schon heute kurzgearbeitet. Wenn sich die Lage nicht ändert, wird weitere Kurzarbeit unvermeidbar.

(Tatge [GRÜNE]: Das hätten Sie vor Jahren alles dem Schmidt erzählen können!)

Der Absatz der deutschen Steinkohle betrug 1985 insgesamt rund 92 Millionen Tonnen. (D)

(Beckmann [FDP]: Mit dieser Rede hier machen Sie der Kohle keine Freunde!)

Für 1986 rechnen die Bergbauunternehmen mit knapp 80 Millionen Tonnen. Damit sich jeder ein Bild davon machen kann, was das für die Menschen praktisch bedeutet, nenne ich einige Beispiele. Mitte vergangenen Jahres wurde die Schachtanlage Gneisenau in Dortmund mit sechstausend Arbeitsplätzen stillgelegt. Die Schachtanlage Zollverein in Essen mit viertausend Arbeitsplätzen wird Ende dieses Jahres auslaufen.

(Beckmann [FDP]: Ja, die ist ausgekohlt!)

„Minister Stein“ in Dortmund mit viereinhalbtausend Arbeitsplätzen verfährt Ende 1987 die letzte Schicht. In Essen und Dortmund wird in Zukunft keine Kohle mehr gefördert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist doch alles nichts Neues!)

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist im Koks-kohlenbereich zu finden. Die Rohstahlerzeugung ist rückläufig. Koks wird teilweise durch billigeres Öl oder durch Gas ersetzt.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Gerstein?

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen): Ja.

- (A) Gerstein (CDU/CSU): Herr Ministerpräsident, würden Sie mit mir übereinstimmen, daß die Stilllegungen der von Ihnen genannten Schachtanlagen durchgeführt worden sind, weil die Lagerstätten erschöpft sind und einen vernünftigen Abbau nicht mehr zulassen, und daß es sich hier um notwendige Rationalisierungsmaßnahmen oder Zusammenlegungsmaßnahmen des deutschen Steinkohlebergbaus handelt,

(Lachen bei der SPD)

die in der Kohlerunde vereinbart sind und die mit den augenblicklichen Absatzschwierigkeiten der deutschen Steinkohle überhaupt nichts zu tun haben?

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Die Antwort ist: Nein!)

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen): Herr Abgeordneter Gerstein, wenn es zu solchen Schließungen aus solchen Gründen kommt, brauchen wir einen Energiebericht, der die Zukunftsperspektive für die Kohle sichert und der zusätzliche Absatzmärkte ermöglicht, statt einfach so weiterzumachen wie bisher.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Noch sehr viel ernster zu nehmen ist die Entwicklung im Verstromungsbereich, wenn hier im Augenblick die Absatzmengen auch stimmen, der Jahrhundertvertrag also noch erfüllt wird. Ich will, daß die heimische Stein- und Braunkohle auch in Zukunft Grundlage einer sicheren und zuverlässigen Energieversorgung bleibt.

- (B) Energieversorgung bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Da genügt eine scheinbar objektive Beschreibung vorhandener Tendenzen und Trends nicht. Da ist es nötig, die Instrumente der Kohlepolitik weiterzuentwickeln.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Sehr gut!)

Ich stimme Hans-Werner Meyer, dem Vorsitzenden der IG BE zu, der sagt: „Jetzt muß über die deutsche Kohle und die Bergleute geredet werden, wenn eine verhängnisvolle Schiefelage in der energiepolitischen Diskussion vermieden werden soll.“

(Beifall bei der SPD — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Der steht auch voll hinter den DGB-Beschlüssen, was?)

Darüber muß jetzt geredet werden.

Die Verhandlungen zwischen dem Steinkohlebergbau und der Elektrizitätswirtschaft über eine unbefristete Verlängerung des sogenannten Jahrhundertvertrags über die Anpassung der Ausgleichsabgabe müssen sehr bald beginnen. Und wer die Kohle wirklich in den Wärmemarkt einbringen will,

(Zurufe von der CDU/CSU und von der FDP)

der muß die Entwicklung und den Einsatz umweltschonender und verbraucherfreundlicher Techniken fördern.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht richtig sein, jetzt über umfangreichere Steinkohleimporte nachzudenken, (C)

(Beifall bei der SPD)

vor allem nicht, solange unsere heimische Steinkohle unter großem Druck steht. Ich sage das bewußt in alle politischen Richtungen.

(Beifall bei der SPD — Feilcke [CDU/CSU]: Die klatschen ja für jeden Mist!)

Der Steinkohlebergbau braucht auch in Zukunft angemessene Innovations- und Investitionshilfen.

Ich fordere das als Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, das in den vergangenen zwei Jahrzehnten aus seinem Landeshaushalt fast 14 Milliarden DM für den Steinkohlebergbau gezahlt hat, die Verzinsung nicht einmal eingerechnet.

(Gerstein [CDU/CSU]: Vergessen Sie dabei aber nicht die Bundesregierung!)

— Nein, die vergesse ich nicht. Aber die Bundesregierung hat ein eigenes Gesetz, das ihr Gelder bringt, nämlich über die Heizölsteuer, die sie einsetzt, um damit die Kohlelasten zu finanzieren. Länder haben solche Gesetze nicht, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Im Landeshaushalt 1987 sind zusätzlich 1,25 Milliarden DM für diese eigentlich gesamtstaatliche Aufgabe vorgesehen.

Was sagt nun die Bundesregierung in ihrem Energiebericht zu den Perspektiven der Kohle? Sie verbreitet Freude über die niedrigen Ölpreise und über die Entlastung für die Verbraucher. (D)

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist das nicht gut? — Dr. Waigel [CDU/CSU]: Bedauern Sie das?)

Ich finde es kurzichtig. Denn wir alle wissen doch: Es wird nicht so bleiben, und es kann nicht so bleiben.

(Dr. Waigel [CDU/CSU]: Das wünschen Sie wohl gar nicht!)

Ich warne mit Hans-Werner Meyer davor, daß wieder einmal der Kohlebergbau — ich zitiere — „unter der Welle billigen Öls in Atemnot kommt“.

(Beifall bei der SPD)

Wer heute die heimische Kohle schwächt, der ist morgen wieder erpreßbar.

(Beifall bei der SPD — Feilcke [CDU/CSU]: Warum lassen Sie Herrn Meyer nicht selbst reden?)

Die Bundesregierung und auch Sie, Herr Bundeswirtschaftsminister, sprechen von einer Fortsetzung der marktwirtschaftlichen Politik. Wissen Sie nicht, daß im Bereich der Energiewirtschaft Markt und Wettbewerb wenig, Monopol und Marktbherrschaft dagegen viel bedeuten?

(Beifall bei der SPD)

Da wird viel über die Steinkohle als Subventionsempfänger und davon gesprochen, daß die Hilfen aus dem Verstromungsfonds, insbesondere der Öl-

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

- (A) ausgleich, überprüft werden müßten. Es wäre gut, wenn statt dessen von dem Versorgungsauftrag gesprochen würde, den die heimische Steinkohle erfüllt und der uns wenigstens in gewissem Umfang vor Risiken der Energieversorgung schützt.

(Kleinert [Hannover] [FDP]: Ähnlich wie die Landwirtschaft?)

Es wäre auch gut, wenn von den vielen Menschen in den Bergbaurevieren an der Ruhr, bei Aachen und im Saarland gesprochen würde,

(Beifall bei der SPD)

deren wirtschaftliche Existenz von der Steinkohleförderung und von der hohen Leistungsfähigkeit unseres Bergbaus abhängt, die in Europa einmalig ist.

Es ist jetzt viel von den Umweltproblemen der Kohle die Rede. Gewiß, niemand darf darüber hinwegsehen, daß Kohlekraftwerke Schwefeldioxid und Stickoxide emittieren. Ich bedarf wirklich keiner Belehrungen zum Thema Waldsterben. Aber es muß dann auch gesagt werden,

(Dr. Waigel [CDU/CSU]: Wie war das denn in Buschhaus? Ibbenbüren?)

daß Kohle umweltfreundlich verbrannt werden kann und daß wir in Nordrhein-Westfalen gewaltige Anstrengungen unternehmen, um die Kraftwerke umweltfreundlich umzurüsten.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Was machen Sie mit dem CO<sub>2</sub>?)

- (B) Bei uns sind heute Kraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 10 000 MW mit Rauchgasentschwefelungsanlagen ausgerüstet.

(Zuruf von der CDU/CSU: Und die Entstickung?)

Schon heute werden im Jahr 120 000 Tonnen Schwefeldioxid und 40 000 Tonnen Stickoxide weniger an die Umwelt abgegeben als 1983.

(Seiters [CDU/CSU]: Reden Sie über Buschhaus oder worüber?)

— Und was Ibbenbüren und Buschhaus angeht, Herr Abgeordneter:

(Seiters [CDU/CSU]: Zum Thema Glaubwürdigkeit!)

Dieses Kraftwerk erfüllt in vollem Umfang alle Anforderungen,

(Dr. Waigel [CDU/CSU]: Versöhnen, nicht verhöhnen!)

die im Jahr 1984 in der ersten Buschhausdebatte von allen vier Fraktionen dieses Hauses an die Entschwefelung gestellt worden sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Und bei der Entstickung, die bei der dort verwendeten Kohle besonders schwierig ist, halten wir es mit den Betreibern, bei einem Zeitplan, den wir präzise einhalten.

(Senfft [GRÜNE]: Das ist das Schlimme!)

Ich meine, der Hinweis auf das Kohlendioxid sollte kein Argument sein, um die Kohle schlechtzumachen, und kein Argument, um der Atomkraft den Weg zu bereiten. Wie ehrlich ist es gemeint, wenn jetzt auch noch das Totschlagargument einer Klimakatastrophe an die Wand gemalt wird?

(Senfft [GRÜNE]: Das ist real!)

Keine Frage, das Problem ist ernst zu nehmen; aber man muß die Dimensionen sehen. In der weltweiten Gesamtemission von Kohlendioxid, die aus dem Verbrennen fossiler Energieträger kommt, hat die heimische Steinkohle einen Anteil von weniger als 2%.

(Dr. Vogel [SPD]: Hört! Hört!)

Und im übrigen: Wenn ich vom notwendigen Umsteuern in der Energiepolitik rede,

(Gerstein [CDU/CSU]: Vom Ausstieg reden Sie!)

dann meine ich zunächst, daß Forschung und Entwicklung auf umweltfreundlichere Nutzung der Kohle umgesteuert werden müssen, statt weiterer Förderung der Kernenergie.

(Beifall bei der SPD — Gerstein [CDU/CSU]: Und was ist mit dem Ausstieg aus der Kernenergie in zehn Jahren? — Feilcke [CDU/CSU]: Herr Rau ist ein Aussteiger, ein Absteiger!)

Für Nordrhein-Westfalen, aber nicht nur für Nordrhein-Westfalen, erwarten wir, daß sich die Bundesregierung zum Versorgungsauftrag der heimischen Kohle deutlicher bekennt und daß sie ihn konkret beschreibt und sichert,

(Dreßler [SPD]: Sehr richtig!)

daß sie die Dinge nicht weiter auf die Schließung weiterer Zechen hintreiben läßt, daß sie den im Verstromungsgesetz festgelegten Auftrag ernst nimmt

(Gerstein [CDU/CSU]: Siehe Ziffer 60, Energiebericht!)

und jetzt den Anteil der Kohle an der Stromerzeugung langfristig sichert und daß sie eine Politik der nationalen Energiesicherung betreibt und die heimische Kohle nicht aus kurzfristigen Erwägungen preisgibt.

(Gerstein [CDU/CSU]: Siehe Ziffer 59, Energiebericht!)

Bisher sind wir in einem nationalen Konsens von der Unverzichtbarkeit der heimischen Kohle ausgegangen. Nach diesem Energiebericht besteht Anlaß, zu warnen. Wer die heimische Kohle im Stich läßt, trägt die Verantwortung dafür, daß die Bundesrepublik energiepolitisch wieder erpreßbar wird.

(Beifall bei der SPD)

daß in den Steinkohlerevieren wieder die Angst vor Zechenschließungen und dem Verlust des Arbeitsplatzes umgeht. Dieser Energiebericht richtet sich gegen die Interessen Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes. Er richtet sich vor allem gegen die im

Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

- (A) Bergbau arbeitenden und vom Bergbau lebenden Menschen.

(Dr. Vogel [SPD]: Leider! — Zuruf von der CDU/CSU: Das ist nicht wahr! — Gerstein [CDU/CSU]: Vom Verbund Kohle und Kernenergie haben Sie noch nichts gehört? — Feilcke [CDU/CSU]: Selbst wenn er es gehört hätte, er hätte es nicht verstanden! — Dr. Vogel [SPD] [zu Abg. Feilcke gewandt]: Flegel!)

In der Energiepolitik ist es an der Zeit, umzudenken und umzusteuern. Das hat auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Josef Kardinal Höffner, auf dem Katholikentag in Aachen gefordert. Und er hat recht.

(Beifall bei der SPD)

Er war es, der aus seiner Verantwortung heraus uns allen ins Gewissen geredet und beim Namen genannt hat, was passiert, wenn in einem Atomkraftwerk der nie auszuschließende Ausnahmefall eintritt.

(Dreßler [SPD]: Betretene Gesichter bei der CDU!)

Dann gibt es

— so sagt Kardinal Höffner —

nicht einen Unfall, dann gibt es eine Katastrophe für Menschen und kommende Geschlechter, weit über die Grenzen der Länder hinaus.

- (B) Und da sagen Sie, Herr Minister Bangemann, man solle nicht ohne Not auf Kernenergie verzichten! Das wäre Not, Herr Bundeswirtschaftsminister.

(Beifall bei der SPD — Gerstein [CDU/CSU]: Sagen Sie was zur Wiederinbetriebnahme von Tschernobyl?)

Da hilft kein Herumdeuteln. In dieser Frage spricht Kardinal Höffner

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

— wenn Sie mich schon nicht hören wollen, vielleicht wollen Sie ihn und das, was er sagt, hören —

(Beifall bei der SPD — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Die würden ihm nicht mal Rederecht geben!)

für die große Mehrheit der Menschen in unserem Land. Und ich bitte Sie eindringlich: Nehmen Sie diese Sorgen der Menschen ernst.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Das tun wir doch! — Gerstein [CDU/CSU]: Was sagen Sie zur Wiederinbetriebnahme von Tschernobyl?)

Ich bitte Sie auch: Ignorieren Sie doch nicht die wesentlichen Ergebnisse aller in den letzten Monaten vorgelegten Gutachten, auch der von der Bundesregierung selbst in Auftrag gegebenen Gutachten

(Dr. Vogel [SPD]: Sehr wahr!)

über die Chancen einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft! (C)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich frage die Koalition: Was ist angesichts des vorliegenden Energieberichts von den vielen unterschiedlichen, ja widersprüchlichen Äußerungen aus Ihren eigenen Reihen in den vergangenen Wochen und Monaten zu halten?

(Senfft [GRÜNE]: Das ist bei Ihnen nicht anders!)

Professor Biedenkopf

(Feilcke [CDU/CSU]: Ein kluger Mann!)

hat in einem Interview, übrigens in der „taz“, vor vier Wochen gesagt:

Wenn ich es nüchtern betrachte, reduziert sich die Auseinandersetzung zwischen CDU und SPD auf die Frage, in welchen Zeiträumen sich die gegenwärtige Energieversorgung verändern läßt. Die SPD sagt, das ist in zehn Jahren möglich, die CDU sagt, das geht in 30 bis 50 Jahren.

(Dr. Waigel [CDU/CSU]: Und was sagt Rau? — Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Ich sehe die Unterschiede nicht so wie Professor Biedenkopf aber ich wäre schon froh, wenn die Bundesregierung Herrn Biedenkopf wenigstens in diesem Punkt folgen würde.

(Beifall bei der SPD) (D)

Der Energiebericht tut das eindeutig nicht. Die Worte von einer Übergangslösung, von einer im nächsten Jahrhundert anstehenden Ablösung der Kernenergie:

(Senfft [GRÜNE]: Sagen Sie mal was zum Hochtemperaturreaktor!)

Meine Damen und Herren, war das alles nur Semantik, war das nur taktische Anpassung an die Mehrheitsmeinung?

(Senfft [GRÜNE]: Jetzt zu Hamm! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN und von der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Herr Präsident, rufen Sie mal die Schreier zur Ordnung! — Glocke des Präsidenten)

Der Energiebericht geht von der zeitlich unbefristeten und der unbegrenzten Nutzung der Kernenergie aus.

(Dr. Vogel [SPD]: Das ist der Punkt!)

— Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD — Gerstein [CDU/CSU]: Von „unbegrenzt“ kann im Energiebericht keine Rede sein!)

Diese Aussage steht in deutlichem Widerspruch zu allen rhetorischen Beteuerungen. Sie macht klar: Die Bundesregierung will nicht, was eine große Mehrheit der Menschen bei uns will: daß wir uns so schnell wie möglich von einer Technik trennen, die

(A) Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen) selbst nie versagen darf und bei der ein Mensch nie versagen darf.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Was heißt „so schnell wie möglich“?)

Es geht um mehr als um die isolierte Diskussion einer einzelnen Technologie.

Sie wissen: Für das Land Nordrhein-Westfalen hat Atomstrom keine besondere Bedeutung; sein Anteil beträgt nur 3% an der Stromversorgung des Landes.

(Gerstein [CDU/CSU]: Was ist mit KWU? — Abg. Dr. Schierholz [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Im Moment nicht.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Ich wollte Sie nach Lingen fragen! Was machen Sie denn mit Lingen? — Gegenruf des Abg. Dr. Vogel [SPD]: Die GRÜNEN sind nervös!)

Mir geht es aber um eine grundsätzliche Frage, die für die Glaubwürdigkeit und damit für die Festigkeit unserer demokratischen Ordnung von zentraler Bedeutung ist. Eine wachsende Zahl von Menschen — nicht nur von jungen Menschen — spricht uns Politikern die Fähigkeit umzudenken ebenso ab wie die Bereitschaft umzusteuern.

(Gerstein [CDU/CSU]: Ihnen vielleicht, aber uns nicht!)

(B) Nicht wenige fragen sich, ob wir Politiker überhaupt noch fähig sind, Neues hinzuzulernen.

(Feilcke [CDU/CSU]: Bei Ihnen habe ich auch Zweifel!)

Und es gibt leider Anlässe zu solchen Fragen. Auch der Energiebericht ist ein Beispiel dafür.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage: Es ist kein Ausweis von Entschlossenheit und Tatkraft, an einmal getroffenen Entscheidungen festzuhalten — ohne Rücksicht auf die Folgen, ohne Rücksicht auf gemachte Erfahrungen, ohne Rücksicht auf neue Einsichten.

(Senfft [GRÜNE]: Das haben Sie mit dem Hochtemperaturreaktor auch gemacht!)

Die Bereitschaft, aus Erfahrungen zu lernen, ist Voraussetzung jeder verantwortungsbewußten Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß selber, wie schwer das ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aha, was wollen Sie denn?)

Aber ich bin überzeugt, wir sind das unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Dem Umlernen muß das Umsteuern folgen.

(Berger [CDU/CSU]: Sprechblasen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

(C) Wer dazu nicht bereit oder nicht in der Lage ist, der kann die Zukunft nicht gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Man darf mit den Ängsten und Sorgen der Menschen nicht spielen.

(Beifall bei der SPD — Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU — Seiters [CDU/CSU]: Auch nicht mit Bibelsprüchen! — Pfeffermann [CDU/CSU]: Wie wahr, Sie alter Miesmacher! — Feilcke [CDU/CSU]: Sie sind doch lernfähig! — Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU: Wie wahr, sehr gut!)

Aber man spielt auch mit ihnen, wenn man sie verdrängt, verharmlost oder ignoriert.

(Beifall bei der SPD — Feilcke [CDU/CSU]: Sie spekulieren doch mit der Angst der Menschen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Man darf sich nicht wundern, wenn Menschen einem dann keinen Glauben mehr schenken.

(Ganz [St. Wendel] [CDU/CSU]: Sagen Sie das dem Lafontaine!)

— Herr Kollege, ich dachte, Sie wollten hören und nicht stören; Sie hatten mich doch eingeladen —

(Beifall bei der SPD — Dr. Waigel [CDU/CSU]: Schon wieder ein Vers! Der Mann ist ja ein Dichter! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

(D) weder bei Aussagen über die Sicherheit von Atomkraftwerken noch bei anderen technischen Großprojekten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe dem Bundeskanzler am 10. Mai 1985 in einem Brief meine im Laufe der Jahre immer stärker gewordenen Bedenken gegen die Technologie des Schnellen Brütens ausführlich mitgeteilt. Ich habe in diesem Brief am 10. Mai 1985 geschrieben:

In den letzten zweieinhalb Jahren, die seit der grundsätzlichen Diskussion im Deutschen Bundestag vergangen sind, hat sich eine Reihe neuer Aspekte ergeben, die uns veranlassen, über einige Fragen neu nachzudenken. Meinem Eindruck nach haben sich bei uns, aber auch in anderen Ländern die Zweifel verstärkt, ob mit Schnellen Brütern ein zweckmäßiger und verantwortbarer Weg eingeschlagen wird, die Energieversorgung für die Zukunft zu sichern.

Das war vor 17 Monaten. Hier geht es nach meiner Überzeugung — und darum wiederhole ich das — um eine qualitativ neue Entscheidung.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Allerdings!)

Aus meiner Sicht ist der Einstieg in die großtechnische, in die kommerzielle Plutoniumwirtschaft ein Irrweg!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir dürfen uns keine zusätzlichen Probleme und keine nicht abschätzbaren Risiken schaffen, wo wir

(A) Ministerpräsident Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen) schon mit den vorhandenen Risiken große Sorgen haben.

(Sehr wahr! bei der SPD)

Und darum sage ich nein zu Kalkar und nein zu Wackersdorf.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Dr. Waigel [CDU/CSU]: Aber das war früher einmal anders!)

Auf der politischen Ebene wird die Inbetriebnahme von Kalkar ja nicht nur von uns Sozialdemokraten abgelehnt.

(Feilcke [CDU/CSU]: Auch von den GRÜNEN)

Auch in den Reihen der Koalitionfraktionen, Herr Abgeordneter

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Und in den Reihen der GRÜNEN!)

— das war gerade durch den Zuruf bekanntgeworden; das schien vorher nicht deutlich zu sein —, gibt es viele, die erhebliche Zweifel am Sinn dieses Projektes haben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die CDU und die FDP in Nordrhein-Westfalen haben jedenfalls in den vergangenen Monaten deutlich kritische Distanz erkennen lassen.

(Hört. Hört! bei der SPD)

Auch sie halten die Inbetriebnahme inzwischen offenbar nicht mehr für realistisch.

(B) (Dr. Vogel [SPD]: Aha! — Gerstein [CDU/CSU]: Bei dieser Landesregierung!)

Die, die heute noch auf Kalkar setzen, werden nachvollziehen müssen, was den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht damals bewegte, als er jenseits aller technischen und rechtlichen Probleme in Gorleben einen Bau mit der Begründung stoppte, das Projekt sei politisch nicht durchsetzbar. Ich weiß aus Gesprächen mit maßgeblichen Vertretern der Energiewirtschaft: Auch ihnen ist klar, daß ohne breite gesellschaftliche Akzeptanz auf Dauer keine Energiepolitik betrieben werden kann.

Wir brauchen, meine Damen und Herren, einen neuen energiepolitischen Konsens. Bei der Energieeinsparung, der rationellen Verwendung von Energie und bei den regenerativen Energiequellen gibt es riesige technologische und industriepolitische Chancen. Der intelligente Einsatz der Mikroelektronik kann den Energieverbrauch deutlich senken.

(Gerstein [CDU/CSU]: Aber den Stromverbrauch steigern!)

Ich halte es für wichtiger, die Nachfrage nach Strom auf diese Weise zu vermindern, als das Angebot an Strom durch den Bau immer neuer Kraftwerke zu vergrößern.

(Beifall bei der SPD)

Dazu ist freilich Voraussetzung, daß das volkswirtschaftlich Vernünftige sich auch betriebswirtschaftlich rechnet. Solange auf Grund der Stromtarife

(C) rife die Kilowattstunde im Durchschnitt um so billiger wird, je höher der Stromverbrauch ist, bleiben Investitionen zur rationellen Energienutzung unwirtschaftlich.

(Beifall bei der SPD)

Das behindert die Entwicklung, und das behindert den Einsatz moderner Techniken. Wir brauchen eine Änderung der Tarifstruktur.

(Lenzer [CDU/CSU]: Wollen Sie denn die stromintensive Industrie ganz kaputt machen? — Beckmann [FDP]: Wollen Sie Stahlwerke schließen?)

Meine ebenso herzliche wie dringende Bitte an die Bundesregierung ist deshalb: Blockieren Sie nicht unsere Zukunftschancen im Bereich der Energietechnik, blockieren Sie nicht Kreativität, Phantasie und Leistungswillen der Wissenschaftler und der Techniker, der Ingenieure und der Arbeitnehmer gerade in den mittelständischen Betrieben.

(Beifall bei der SPD)

indem Sie bloß beschreiben, was sich ergeben hat, statt zu sagen, was sein soll.

(Sehr gut! bei der SPD)

(Vorsitz: Vizepräsident Westphal)

Wer heute weiter auf Atomkraft setzt, provoziert in diesem Bereich neuer Technologien einen gigantischen Investitionsstau.

(Gerstein [CDU/CSU]: Sie stellen die Dinge doch auf den Kopf!)

(D) Darum bitte ich: Setzen Sie nicht weiter auf die Vergangenheit, sondern öffnen Sie sich für die Zukunft!

(Feilcke [CDU/CSU]: Die haben Sie schon hinter sich!)

Ich will verhindern, daß an der Ruhr noch einmal schwarze Fahnen wehen; es würde sie aber geben.

(Beifall bei der SPD)

Es gab einmal schwarze Fahnen an der Ruhr, und das war dann auch das Ende der Regierung Erhard, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will verhindern, daß es an der Ruhr noch einmal schwarze Fahnen gibt.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Rot-grüne brauchen wir!)

Es gäbe sie aber, wenn der vorliegende Energiebericht Grundlage der Energiepolitik bliebe. Das darf nicht sein; wir müssen jetzt umsteuern zu einer umweltverträglichen, sicheren Energieversorgung, die Atomkraft durch wirklich moderne Technik ersetzt.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD — Dr. Waigel [CDU/CSU]: Da fehlt doch der Schluß! — War das alles? Mit diesem Auftritt, Herr Vogel, können Sie zufrieden sein! Da waren Sie immer noch besser! — Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Dr. Graf Lambsdorff

(A) heute ist präzise ein Vorgang, der auf der Basis des Moderatorengutachtens erfolgt wäre — mit Ihrer Zustimmung; Sie haben es gefordert.

**Nationale Stahl AG** — die nächste Ruhrkohle? Natürlich sagt Herr Jochimsen: ohne die Nachteile der Ruhrkohle. — Ich möchte sehen, wie das gelingen soll. Das haben auch wir damals geglaubt.

Meine Damen und Herren, so bitter es ist: Der Strukturwandel muß durchgestanden werden. Neue Arbeitsplätze müssen her. Politische Aktionen vor den Hochöfen, die Stimmen fangen, werden das verhindern. Am Beispiel Rheinhausen wird das überdeutlich. Die Stadt ist ein erstklassiger industrieller Standort. Das Aufheizen von Stimmungen über alle Medien hat nur zur Folge, daß künftige Investoren sich dreimal überlegen werden, dorthin zu gehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie erzeugen im übrigen mit dieser ganzen Polemik — ich verstehe alle Besorgnis — den Mausefalleneffekt, daß Leute sich sagen: Hier kann ich nicht mehr investieren; ich darf, wenn es schiefgeht, überhaupt nicht mehr heraus, ohne einen riesigen politischen Krach zu bekommen.

In Dortmund hat man es gelernt, sich nach den schlechten Erfahrungen des schlechten Klimas, des schlechten Image inzwischen herauszuarbeiten. Das ist vernünftig.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Machen Sie nicht mit allen zusammen in Rheinhausen denselben Fehler noch einmal! Helfen Sie den Betroffenen, aber denken und handeln Sie für die Zukunft von Rheinhausen und des Ruhrgebiets!

(B)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Jenninger:** Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen.

**Ministerpräsident Rau** (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin Graf Lambsdorff dankbar für die ersten Sätze, in denen er seine Betroffenheit gemeinsam mit den Menschen in Rheinhausen ausgedrückt hat. Sowenig ich seine Schlußfolgerungen im einzelnen akzeptieren kann, so deutlich möchte ich hier sagen: In Nordrhein-Westfalen gibt es gegenwärtig nichts anderes als Betroffenheit, als Wut, als Enttäuschung, als Verbitterung. Ich bin der Auffassung, daß wir den Weg suchen müssen aus dieser Betroffenheit, aus dieser Verbitterung zu neuer Hoffnung für die Menschen im Ruhrgebiet. Aber das kann wohl nur gelingen, wenn Glaubwürdigkeit der Politik wiederhergestellt wird. Aber die ist in Zweifel geraten.

(Beifall bei der SPD)

Da gibt es einen Urheberrechtsstreit, wer das zustande gebracht hat, was man die **Frankfurter Vereinbarung** nennt, die soziale Flankierung für ausscheidende Stahlarbeitnehmer, in einem Katalog aufzeichnet — 35 000 werden es sein, und 2 000 bei der

Maxhütte noch dazu. Da streiten wir darüber, wer diesen Erfolg zustande gebracht hat . . . (C)

(Stratmann [GRÜNE]: Erfolg? 35 000 Arbeitsplätze vernichtet! Was ist da Erfolg?)

— Moment, Sie haben mich ja noch gar nicht angehört.

(Stratmann [GRÜNE]: Sie stimmen zu!)

— Nein, ich stimme dem nicht zu, sondern ich versuche, Gedanken zu äußern.

(Jahn [Marburg] [SPD]: Der ist immer so vorlaut!)

Und noch während des Urheberrechtsstreits, wer das zustande gebracht hat, kommen weitere 5 000 dazu, wird die Grenze von 40 000 überschritten. Mehr als die Hälfte dessen, was nach europäischer Übereinstimmung an Stahlarbeitsplätzen wegfallen soll, wird in der Bundesrepublik abgebaut.

(Dr. Vogel [SPD]: Großangelegt!)

Das ist ein europapolitischer Offenbarungseid, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Da gibt es die Aussage, es werde nicht zu Massenentlassungen kommen. Das ist erfreulich, wenn man bedenkt, daß die, die ihren Arbeitsplatz verlieren werden, sozial abgesichert werden sollen. Aber das ist eine ganz gefährliche semantische Spielerei. Es wird der Eindruck erweckt, Massenentlassungen würden vermieden, d. h. Menschen behalten ihre Arbeit. Das Gegenteil ist richtig. Hier werden Menschen Arbeitsplätze verlieren, und Hoffnung für die nächste Generation geht verloren, die am gleichen Ort — in der dritten und vierten Generation — Arbeit haben will. (D)

(Dr. Vogel [SPD]: Richtig!)

Die wollen nicht woandershin, die wollen da leben, wo sie sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nun sage ich: Die Tinte über der Frankfurter Vereinbarung ist noch nicht trocken,

(Dr. Vogel [SPD]: Da wird sie schon gebrochen!)

da wird sie schon gebrochen. Da wird gleichzeitig der Geist von Frankfurt beschworen und gesagt: Die müßten jetzt genauso behandelt werden wie die 35 000, die 37 000.

Man kann sich darüber freuen, daß soziale Flankierung erreicht sei. Aber, meine Damen und Herren, soziale Flankierung ist nötig, aber soziale Flankierung ist nicht Ziel von Politik, sondern Mittel auf dem Weg. Wir brauchen Wirtschaftspolitik, brauchen Arbeitsplatzpolitik.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Frankfurter Vereinbarungen sind ohne Beteiligung der Länder zustande gekommen. Wir werden an anderer Stelle darüber zu reden haben. Ich klage da nicht, sondern ich sage: Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wird ihren Beitrag leisten. Sie



Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen)

(A) hat das schon im Juli erklärt. Aber sie fragt: Ist die jetzige Lage nicht eine Folge verfehlter **Stahlpolitik in Europa**? Hat die Bundesregierung ihren europapolitischen Kredit nicht verspielt, indem sie einseitig — ich bin gestern im Landtag für einen Satz kritisiert worden — für Interessen von Großbauern, von Agrarfabriken eingetreten ist und keine Durchsetzungskraft für die Stahlarbeiter mehr hat?

(Beifall bei der SPD — Dr. Graf Lambsdorff [FDP]: Was ist denn mit Saarstahl und Europa?)

— Was ich sage, gilt völlig ohne Ansehen der einzelnen Regionen und der einzelnen Standorte.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere seit langem, daß in der Bundesrepublik endlich alle an einen Tisch kommen, daß eine nationale Stahlrunde, die der Kanzler immer noch verweigert, zustande kommt, damit wir endlich von der Gefahr wegkommen, Stahlstandorte gegeneinander auszuspielen.

(Dr. Vogel [SPD]: Richtig!)

Es ist nämlich der nächste Schritt, daß das geschieht. Das Motto „Jeder stirbt für sich allein“ darf doch nicht wahr werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Es darf doch nicht ein Transportband der Angst von Rheinhausen über Hamborn nach Huckingen, über Bochum und Witten nach Siegen gehen, von anderen Ländern jetzt ganz zu schweigen. Wir brauchen — darin stimme ich Graf Lambsdorff zu — den **Strukturwandel**. Wir brauchen ihn auch in Nordrhein-Westfalen. Wir sind auf diesem Weg. Wir haben ein Konzept vorgelegt. Wir wollen eine **Zukunftsinitiative Montanregionen**, damit auch der Teil der Frankfurter Vereinbarung eingehalten wird, in dem sich Europa, die Bundesregierung, die Stahlunternehmen, die Länder, die Gewerkschaften zu einem gemeinsamen Aktionsprogramm für neue Arbeitsplätze verpflichten. Das steht auch in der Frankfurter Vereinbarung. Stünde es nicht drin, wäre es eine reine Sterbehilfe und nicht der Weg nach vorn, den wir gehen müssen.

Wir verlangen vom Bund **Mittel nach Artikel 104 a Abs. 4** des Grundgesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen verlangt nicht, daß sich die Bundesregierung ihm gnädig zuwendet, sondern verlangt sein Recht für die Menschen, die die Bundesrepublik nach dem Krieg aufgebaut haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das sogenannte **Konjunkturprogramm**, das das Bundeskabinett gestern beschlossen hat, mag man parteipolitisch so oder so bewerten; aber eines sage ich Ihnen: es taugt nicht für die Montanregionen,

(Beifall bei der SPD)

es ist nach unserer Überzeugung ein **Südprogramm**. Es nützt Böblingen und Freiburg und München — die haben auch gute sozialdemokratische Oberbürgermeister —, aber Duisburg und Oberhausen und Hat-

tingen haben das Geld nicht, um die Mittel anzufordern, die der Bund bereitzustellen bereit ist. Darum sage ich, machen Sie endlich Politik für das größte Bundesland — —

(Wissmann [CDU/CSU]: Machen Sie Politik für Nordrhein-Westfalen!)

— Ich mache sie auch, Herr Kollege Wissmann. Ich mache sie seit 17 Jahren, und ich mache sie, immer wieder bestätigt vom Wähler.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir sie gemeinsam im Interesse der Menschen machen könnten, vor denen ich da gestern gestanden habe, dann wäre das gut. Denn ich frage nicht danach: Wer hat es zustande gebracht, sondern ich frage danach, ob wir gemeinsam Menschen Hoffnung geben können.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Jemminger**: Ich erteile das Wort dem Herrn Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

**Dr. Blüm**, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD: Wo ist Ihre Fraktion?)

Die Stahlarbeiter in Rheinhausen bangen um ihre Arbeitsplätze. Es ist gut, wenn der Deutsche Bundestag durch alle seine Fraktionen heute deutlich macht, wir stehen an ihrer Seite, wir lassen sie nicht allein.

(Zuruf von der SPD: Sie stehen vor, neben, hinter, über ihnen, aber Arbeitsplätze haben sie trotzdem nicht!)

Richtig ist, **Strukturwandel** muß sein. Es gibt keine Zukunft ohne Strukturwandel. Aber wo alte Arbeitsplätze abgebaut werden, dort müssen neue entstehen. Die Menschen müssen nicht den Maschinen nachlaufen, die Arbeitsplätze müssen dort sein, wo Menschen ihre Heimat gefunden haben.

(Zuruf von der SPD: Tun Sie was dafür!)

Ich teile auch ihre Ansicht: Unterstützung für Arbeit ist besser als jede Arbeitslosenunterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Erste und wichtigste Voraussetzung ist Arbeit. Keine noch so hohe Arbeitslosenunterstützung macht das wett. Der Auftrag, neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist ein Teil der **Frankfurter Vereinbarung**. Der zweite Teil lautet: Massenentlassungen müssen verhindert werden.

Meine Damen und Herren, ich wundere mich, wie salopp Sie heute morgen darüber hinweggehen. „Berodigungshilfe“ sagt Herr Wiczorek. Lieber Johannes Rau, ich würde das auch nicht als eine semantische Spielerei bezeichnen, wenn darin steht: Massenentlassungen müssen verhindert werden.

(Ministerpräsident Rau: Steht nicht drin!)

Es besteht ein elementarer Unterschied zwischen Arbeitslosengeld und **Sozialplan**. Wenn man ins Arbeitslosengeld fällt, wird ein Jahr später für die Arbeitslosenhilfe die Bedürftigkeit geprüft. Eine sozial flankierte Überführung aus der Arbeit ist zwar nicht

Ministerpräsident Dr. hc. Johannes Rau (Nordrhein-Westfalen)

(A) meine ich, wir dürfen jetzt nicht den Dauerkonflikt dadurch anlegen, daß wir die Entscheidung, die getroffen werden könnte, im Vorhinein als vorläufig erklären; von keiner Seite dürfen wir das tun. Wie die Geschichte später entscheidet, das ist nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist, jetzt verantwortlich zu entscheiden.

(Beifall im ganzen Hause)

Darum komme ich noch einmal auf das gestrige Ansprechen von Gustav Heinemann zu sprechen. Ich habe Ihnen eben gesagt: Ich weiß nicht, wie er sich entschieden hätte. Aber ich habe das als Anlaß genommen, mir noch einmal deutlich zu machen: Um so wichtiger ist, daß ich jetzt meine Entscheidung treffe, nicht unter Berufung auf Heinemann oder Weizsäcker oder Wehner oder Brandt, sondern ich, meine Entscheidung jetzt.

Ich will Ihnen den Grund sagen. Ich würde ihn gerne in einem persönlichen Dialog dem Regierenden Bürgermeister sagen. Er hat davon gesprochen — er hat ja recht —, das wäre doch wohl zu bewältigen. Die scheinbare Zumutung, so haben Sie gesagt, wenn ich es mir richtig notiert habe, eventuell in fünf oder zehn Jahren mit Arbeitsplatz nach Berlin ziehen zu sollen, sei doch wohl denkbar und durchsetzbar. So habe ich den Satz in Erinnerung.

Dann sage ich: Dieser Satz ist für mich ein Schlüsselatz für meine Entscheidung für Bonn, nicht weil ich glaube, daß Sie die **sozialen Probleme** hier in der Region gering achten; das weiß nicht. Die sozialen Probleme hier wären groß. Aber wir würden diese Krise durchstehen; wir würden sie bewältigen; wir würden uns auf die Hilfe anderer stützen und verlassen. Wir würden das bewältigen; das glaube ich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Aber schwer würde das.

Ich sage: Der Satz „die scheinbare Zumutung eventuell in fünf oder zehn Jahren“ macht deutlich, daß wir in der Gefahr sind, eine **Symbolentscheidung** zu treffen, eine bloße Geste. Denn in fünf oder zehn Jahren ist es nicht mehr die Frage, jetzt ist die Frage, wie wir den fünf neuen Ländern helfen. Das muß jetzt geschehen, indem wir jetzt mit unseren Mitteln unseren Menschen in Leipzig, in Dresden, auch in Berlin unsere Hilfe angeeignet lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Nicht die symbolische Wirkung der Geste, daß eventuell in fünf oder zehn Jahren etwas komme, hilft in den fünf neuen Ländern, sondern es hilft, was wir jetzt tun.

Darum habe ich vor einem Jahr Vorschläge gemacht. Ich habe vor einem Jahr einen Vorschlag gemacht, eine Einrichtung von Bonn nach Weimar zu legen. Ich habe die Reden von Willy Brandt in Erinnerung, auch die Rede, in der er in Berlin Vorschläge gemacht hat, wir sollten uns doch jetzt über die **bundesstaatliche Ordnung** Gedanken machen: Was kommt wohin? Was wird denn aus Rostock, aus Greifswald, aus Schwerin, aus Leipzig, aus Dresden, aus Magdeburg, aus Erfurt?

All diese Fragen stehen jetzt für uns alle an. Aus diesen Fragen kommen wir nach meiner Überzeugung eben nicht heraus, indem wir jetzt eine Entscheidung treffen, die Berlin noch nicht nützt und der Rheinschiene jetzt schon schadet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des Abg. Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE])

Ich weiß nicht, was es bedeutet, wenn es links rot aufleuchtet. Aber das ist gefährlich.

(Heiterkeit)

Lassen Sie mich noch zwei kurze Sätze sagen: Hier sind die zehn Landtage und die zwei Landesregierungen zitiert worden. Auch mein Freund Jochen Vogel hat sie zitiert.

(Zuruf von der CDU/CSU)

— Den nordrhein-westfälischen hat er nicht zitiert, weil der nicht bei den zehn ist.

Ich finde, die Landtage und die Landesregierungen haben eine hervorragende Möglichkeit, ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen, nämlich am 5. Juli im Bundesrat. Es ist Sache des Bundesrates, was die Landtage und die Landesregierungen sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hier hat jetzt der Bundestag zu entscheiden, und er wird nicht durch **Entscheidungen von Landtagen und Landesregierungen** präjudiziert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Das letzte, was ich sagen möchte, ist: Meine Damen und Herren, ich habe zu denen gehört, die sich wochen- und monate-, tage- und nächtelang um Kompromisse bemüht haben, weil sie keine Spaltung wollten. Man kann 1986 als Kanzlerkandidat nicht „Versöhnen statt Spalten“ rufen und dann hernach sehen, wie die Züge aufeinanderfahren. Nur, wenn jeder Kompromißvorschlag daran gemessen wird, ob er denn auch alles erfüllt, was der andere will, ist das Wesen des Kompromisses verbraucht. Deshalb ist es nicht zu einem **Kompromiß** gekommen. Darum ist jetzt zu entscheiden.

Ich bitte: Entscheiden Sie so, daß die bundesstaatliche Ordnung gewinnt und daß wir die Kräfte und die Sinne wieder freibekommen für die Hilfe in den neuen Ländern!

(Anhaltender Beifall bei der SPD — Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

**Vizepräsident Helmuth Becker**: Meine Damen und Herren, das Wort hat nun der Abgeordnete Dietmar Keller.

**Dr. Dietmar Keller** (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für unser neuestes Theaterstück, vermeldete jüngst Wolf Biermann, habe er einen pathetischen, einen sarkastischen und einen Hegelschen Satz im Angebot. „So wie es ist, bleibt es nicht“, schrieb Bertold Brecht in „Revolutionäre Zeiten“. „So wie es bleibt, ist es nicht“, äffte Heiner Müller in Zeiten der Stagnation Brecht nach. „Nichts ist,

Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (Berlin)

(A) Ich werbe hier für Berlin. Ich möchte mich aber auch bei denjenigen bedanken, die sich um einen **Konsens** bemüht haben. Ich weiß, wie schwierig das war. Ich glaube, es ist wichtig, gerade hier auch noch einmal darauf hinzuweisen, daß eine tragfähige Lösung von möglichst vielen wirklich innerlich akzeptiert werden muß.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, aus den Argumenten — ich habe nur drei genannt — einladen, auffordern, sich für Berlin zu entscheiden. Diese Stadt Berlin ist sicher voller Gegensätze, voller Spannungen und Widersprüchlichkeiten; aber, meine Damen und Herren, gerade deswegen ist sie nicht der Hort von Zentralismus, gerade deswegen, durch ihre Vielfalt, ist sie nicht das Beispiel einer Megastadt. Aber, meine Damen und Herren, diese Gegensätze, Spannungen und Widersprüchlichkeiten sind der Stoff, aus dem politische Kreativität entsteht. Das ist für Regierungs- und Parlamentssitz auch etwas Gutes.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erteile nunmehr das Wort dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Johannes Rau.

(B) Ministerpräsident **Dr. hc. Johannes Rau** (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gestehe, daß ich lange gezögert habe, ob ich hier das Wort ergreifen sollte. Es ist eine Debatte, die schon ihre merkwürdigen Akzente hat. Seit Tagen haben wir gelesen, was für ein schwieriger Tag für das Parlament das sein werde. Wir haben die Argumente, die ausgetauscht worden sind, alle vorher in vielen Gesprächen schon hin- und hergewendet, und es ist auch für einen selber merkwürdig. Ich weiß nicht, wem von Ihnen es auch so geht wie mir: Da sitzt man da und schüttelt den Kopf bei Rednern, die man seit Jahren und Jahrzehnten verehrt und mit denen man befreundet ist.

(Heiterkeit)

Da gibt man Leuten Beifall, bei denen man früher keine Hand gerührt hätte.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Da ist man beeindruckt von Argumenten für die Position Berlins. Dann hört man jemanden, der für Bonn wirbt, und man denkt: Na, wenn er es doch ein bißchen anders sagte! —

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Dann kommt man auch in die Situation, in der ich gerade war, als der Regierende Bürgermeister hier so eindrucksvoll vortrug, als er die Stärken Nordrhein-Westfalens, die er den Werbeschriften entnommen hat,

(Heiterkeit)

noch sehr viel deutlicher dargestellt hat als vor unserer letzten Landtagswahl.

(Heiterkeit)

(C) Da denkt man: Wie komme ich hier zu einem Diskussionsbeitrag, der der eigenen Linie treu bleibt?

Ich gestehe: Was mich an Berlin-Befürwortern am stärksten beeindruckt und verunsichert, ist die Sicherheit ihrer Argumente.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Ich bin oft viel unsicherer in dem, was mich bei dieser Abwägung bestimmt. Ich sage das hier freimütig.

Ich will Ihnen sagen, warum ich für den Standort Bonn werbe: Nicht, weil ich es für selbstverständlich halte, daß Diepgen für Berlin und Rau für Bonn ist, sondern weil ich eine Reihe von Überlegungen angestellt habe, die in der Tat auch mit meiner eigenen **Lebensgeschichte** zusammenhängen. Hier haben viele — auch der Bundeskanzler hat das getan — Daten und Fakten genannt, die Motive für die Art der jetzigen Entscheidung geworden sind. Mir ist das am stärksten bei Folgendem zum Bewußtsein gekommen. Sie sind, Herr Kollege Kohl, heute als Enkel Adenauers bezeichnet worden. Ich habe gestern das Glück gehabt, zum Sohn Gustav Heinemanns erklärt zu werden,

(Zuruf von der FDP: Zwangsadoptiert!)

dabei ist er nur der Urgroßvater meiner Kinder. Ich wurde gefragt, wie mein Ziehvater angesichts dessen, was ich da sagte, wohl dächte. Ich habe darauf nicht geantwortet. Ich habe darauf nicht geantwortet, weil ich es nicht wußte, weil ich nicht weiß, wie ein Mann wie **Gustav Heinemann**, mit dem ich nun wirklich viele Jahrzehnte meines Lebens in enger Verbindung gestanden habe und dem ich viel zu verdanken habe, in dieser Situation entschieden hätte.

(D) Ich sage das, damit wir uns der außergewöhnlichen Situation bewußt sind, in der wir hier entscheiden. Man kann ja begrüßen, daß es einmal quer durch die Parteien geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man kann aber auch besorgt sein, daß die Art, wie wir miteinander umgehen und wie dann die Entscheidung getroffen wird, hernach doch beiden schadet, denen, die für Bonn, und denen, die für Berlin eintreten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darum meine ich, wir sollten uns über ein paar Sachverhalte einig werden.

Der eine Sachverhalt ist für mich, daß wir sagen: Nun hat der Bundestag zu entscheiden. Er hat die Argumente zu wägen, und er hat dann seine Entscheidung zu treffen. — Deshalb habe ich gezögert, ob hier Regierungschefs der Länder reden sollten. — Diese **Entscheidung des Bundestages** muß dann gelten. Ich fände es gut, wenn jede der beiden Seiten dann sagte: Ja, das nehmen wir hin und an, und wir versuchen, der anderen Region zu helfen. Wenn wir zu diesem Konsens nicht kommen, dann wird das hier eine Episode und nicht der Beginn einer Epoche, dann kommen wir nicht voran, bei dem, was doch die eigentliche Aufgabe ist, auf die sich Bonn- und Berlin-Vertreter jeweils berufen, daß es nämlich um die Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland geht. Darum

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

(A) mit der deutschen Einheit bewiesen, die in Frieden und in Freiheit sowie mit der Zustimmung all unserer Nachbarn möglich war, weil uns die Nachbarn und die Welt vertrauen. Deswegen ist es angesichts mancher Fragen an die Deutschen wichtig, dieses **Vertrauen** gemeinsam zu rechtfertigen.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU — Anhaltender Beifall bei der F.D.P.)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Als nächster spricht der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Johannes Rau.

Ministerpräsident **Dr. h. c. Johannes Rau** (Nordrhein-Westfalen): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung, die der Herr Bundeskanzler soeben abgegeben hat, ist wichtig für uns hier in Deutschland, für die Menschen im Ausland, und sie wird — wie wir heute morgen von dem Sprecher der türkischen Regierung gehört haben — in der Türkei als das wichtigste Ereignis dieses Tages gewertet.

Ich denke, wir haben das mit Respekt zur Kenntnis zu nehmen, auch da, Herr Bundeskanzler, wo in einigen Teilen Ihrer Regierungserklärung die **Gemeinsamkeit**, von der ich glaube, daß wir sie jetzt brauchten, nicht mehr so deutlich geworden ist. In einem Teil Ihrer Rede haben Sie — erlauben Sie mir, das so zu sagen — manchen alten Hirschen zum frischen Wasser geführt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

(B) Bei dem Stichwort „Sekundärtugenden“ frage ich mich, wie lange das Klischee wohl noch hält.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Bis zu Ihrer nächsten Mitgliederbefragung! — Uta Würfel [F.D.P.]: Solange es nötig ist!)

Die Frage danach, was die Konfliktpädagogik denn alles zustande gebracht oder in Unordnung gebracht hätte,

(Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Nicht verniedlichen!)

will ich in der Tat nicht verniedlichen. Ich bin kein Anhänger einer falschen Harmonielehre, aber auch kein Anhänger der Konfliktpädagogik. Dennoch meine ich, wir sollten nicht zuviel auf die Schule schieben.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten nicht zuviel auf die Lehrer packen.

(Beifall bei der SPD — Eduard Oswald [CDU/CSU]: Nur auf manche, nicht auf alle! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Ich weiß gar nicht, warum Sie sich über so milde Sätze aufregen.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Wir regen uns gar nicht auf! — Gerhard O. Pfeffermann [CDU/CSU]: Weil sie bewußt falsch sind!)

Ich wollte von den Gemeinsamkeiten sprechen. Und wenn man von Gemeinsamkeiten spricht, darf man auch Unterschiede deutlich machen.

(C) Ich sehe einen Unterschied, Herr Bundeskanzler, in der Frage der **Mehrstaatigkeit**. Ich wüßte gern, ob das, was Sie dazu gesagt haben, was viele Sprecher Ihrer Partei und Ihrer Koalition dazu gesagt haben, identisch ist mit dem, was die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung in einem Gesetzentwurf vorgelegt hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wüßte gern, ob es politisch wirklich klug ist, wenn man das **kommunale Wahlrecht** nach Maastricht den EG-Bürgern gibt, es aber gleichzeitig der größten Gruppe der ausländischen Arbeitnehmer, die Sie angesprochen und die Sie für ihren großen Beitrag zur deutschen Volkswirtschaft gelobt haben, verweigert — nämlich den Türken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Ich wüßte gern, wie das mit den Worten übereinstimmt, die Sie über die Türkei gesagt haben, denen ich zustimme, die Sie über Demirel, über İnönü gesagt haben.

Herr Bundeskanzler, es gibt viel **Gemeinsames**; deshalb haben wir uns auf Ihre Anregung am 1. Juni nach den schrecklichen Ereignissen in Solingen an die Bürger gewandt und sie nicht um Ruhe gebeten, sondern um besonnenes Denken und Handeln.

(D) Und so glaube ich: Wenn wir ein Stückchen weitergeben, wenn wir ein Stückchen tiefer über das, was geschehen ist, nachdenken, dann werden sich nicht die Unterschiede verwischen, dann wird es nicht auf einmal einen Einheitsbrei politischer Meinungen geben; aber es kann und muß noch mehr **Gemeinsamkeit** geben, als wir sie bisher ausgesprochen haben. Denn — das sage ich aus meiner persönlichen Erfahrung — vielen Menschen hier im Westen schienen Hoyerswerda und Rostock schrecklich weit weg. Aber Hünxe und Solingen sind ganz nah — Solingen ist meine Nachbarstadt.

Viele haben das Gefühl, seit der Nacht von Pfingstsonntag habe sich unser Land verändert. Wer wie ich am Tatort dieser mörderischen Brandstifter gewesen ist, der hat erfahren: Das am tiefsten sitzende Gefühl der meisten Menschen ist eine Mischung aus **Angst** und aus großer **Sorge**, aus **Ohnmacht** und aus **Trauer**.

Ich denke, wir Politiker — alle — tun gut daran, offen zu sagen, daß wir in vielem ratlos sind. Das darf keine Ausrede für Nichtstun sein, aber es ist eine Warnung vor zu schnellen Rezepten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Für das, was in Solingen und in anderen Städten geschehen ist — vorher und nachher —, gibt es eine Fülle von Deutungsversuchen, von Erklärungsansätzen, von **Interpretationsversuchen**. Ich gestehe Ihnen aber ganz offen: Ich kann nicht begreifen, was junge Menschen dazu treibt, die Häuser ihrer Nachbarn in Brand zu stecken — und das in dem Bewußtsein, daß sie diese ihre Nachbarn verbrennen.

Es ist erschreckend, daß viele Reaktionen auf diese menschenverachtende Gewalt ebenfalls Gewalt sind,

Ministerpräsident Dr. h. c. Johannes Rau (Nordrhein-Westfalen)

z. B. bei den Straßenkrawallen, die wir erlebt haben. Ich teile die Sorge vieler — auch Ihre Sorge, Herr Bundeskanzler —, daß eine gestiegene Gewaltbereitschaft und eine sinkende Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt zu beobachten und zu beklagen sind.

Jetzt suchen wir nach den Ursachen. Die einen suchen sie in den Familien, die anderen in der Schule, die nächsten bei den Medien, wieder andere im Streit um das Asylrecht. Viele sagen und bekräftigen — es ist richtig —, wir Deutsche seien ein ausländerfreundliches Volk. Aber andere malen das Gespenst eines neuen Faschismus an die Wand.

(Vorsitz: Vizepräsident Hans Klein)

Sosehr ich verstehen kann, daß verzweifelt nach schnellen und befriedigenden Antworten gesucht wird, die auch beruhigen sollen, so falsch wäre es, wenn wir es uns zu leicht machen. Die jungen Menschen, die den Großteil der ausländerfeindlichen Gewalttäter ausmachen, fallen nicht vom Himmel: Sie sind Kinder unserer Gesellschaft. Sie handeln nicht im luftleeren Raum. Ihre Taten sind — so scheint es mir jedenfalls — ein extremer Ausdruck einer tiefgehenden Orientierungskrise in unserem Land.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ungewißheit und Sorgen sind allgegenwärtig. Maßstäbe scheinen verlorengegangen, Tabus werden gebrochen, dem republikanischen Grundkonsens droht Gefahr, und es fehlt an Orientierung.

B) Muß man da nicht fragen, ob sich im dritten Jahr der staatlichen Einheit die soziale Statik in unserem Land so verändert hat, daß wir das Zusammenleben neu einüben müssen? Zusammenleben ist nicht leicht; Zusammenleben ist Freude und Bereicherung, kann aber auch Zumutung sein. Zusammenleben mit Fremden verlangt Toleranz auf beiden Seiten, verlangt Offenheit und die Bereitschaft, Neues anzunehmen.

Zusammenleben, meine Damen und Herren, kann auch nur gelingen, wenn wir die Menschen nicht abschreiben oder gar verurteilen, denen Fremdes Angst macht. Es ist ein großer und ein gefährlicher Irrtum, Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit gleichzusetzen.

Wir müssen dafür sorgen, daß aus Angst vor Fremden nicht Haß wird, der sich in Gewalt entläßt. Darum sage ich: Lassen Sie uns barmherzig mit der Fremdenangst umgehen, damit wir die Fremdenfeindlichkeit entschlossener bekämpfen können.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zitiere ich doch jemanden aus der „Frankfurter Schule“. Adorno hat gesagt, es gehe um eine Gesellschaft, in der die Menschen ohne Angst verschieden sein können. Ich glaube, das ist die große Herausforderung.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie gilt für alle Menschen. Also müssen wir auch die Ängste mancher deutscher Mitbürgerinnen und Mit-

bürger ernst nehmen, die verunsichert sind, die oft nicht wissen, wie sie sich Fremden gegenüber verhalten sollen, die Unbehagen empfinden, wenn ihre gewohnte Umgebung ihnen fremd wird und unsicher erscheint.

Die Frage ist, welchen Auftrag die Politik dazu leisten kann, daß friedliches Zusammenleben in unserem Land möglich ist. Da sage ich: Dieser Beitrag ist viel bescheidener in seinen Möglichkeiten, als manche glauben. Aber er ist unersetzlich. Da gibt es keinen Maßnahmenkatalog zum Abbaken. Da gibt es keine Versicherungspolice gegen Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit.

Aber wir alle sollten nach Möglichkeiten suchen, wie wir Zusammenleben fördern, statt es zu behindern. Das sind wir den Opfern der Brandanschläge schuldig. Das sind wir den Menschen schuldig, die zum Teil schon vor einer Generation aus der Türkei und aus Italien, aus Spanien, aus Portugal und aus vielen anderen Ländern zu uns gekommen sind. Das sind wir aber auch der überwältigenden Mehrheit der Deutschen schuldig, die Zeichen setzen für Solidarität und die sich trotzdem ohnmächtig fühlen in diesen Tagen.

Ich will an einigen Beispielen deutlich zu machen versuchen, in welche Richtung wir nach meiner Überzeugung gemeinsam gehen sollten. Wir alle wissen ja, daß Politik auch von der Überzeugungskraft des Wortes lebt. Wir wissen aber auch: Bestimmte Worte und bestimmte Wörter haben bestimmte Wirkungen. Darum frage ich: Müssen wir nicht genauer denken und dann sorgfältiger sprechen?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich will Ihnen die Beispiele nicht zumuten. Aber wieviele Worte sind in den letzten zehn Jahren geprägt und benutzt worden, die unterschwellig das transportieren, wogegen wir jetzt gemeinsam hoffentlich kämpfen wollen?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und des Abg. Dr. Heiner Geißler [CDU/CSU])

Wie bringen wir das also zustande? Ich sage das als jemand, der mit dem Satz „Versöhnen statt spalten“ oft mißverstanden worden ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das kann man wohl sagen!)

Wie bringen wir es zustande, daß unsere Sprache ein Beitrag zum inneren Frieden wird und kein Beitrag zur geistigen Aufrüstung? Ich will die Frage hier stellen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Gewalt, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, die latente Gewaltbereitschaft in unserer

Ministerpräsident Dr. h. c. Johannes Rau (Nordrhein-Westfalen)

(A) Gesellschaft, die fängt im Schulbus an. Für die gibt es keine Rechtfertigung. Aber es gibt Ursachen.

(Beifall der Abg. Michael Glos [CDU/CSU] und Eduard Oswald [CDU/CSU])

Man kann einige dieser Ursachen durch politisches Handeln beeinflussen. Es ist doch keine neue Erfahrung, daß Benachteiligungen, soziale Ungerechtigkeit, Angst vor sozialem Abstieg und Sorge um Arbeitsplatz und Wohnung die Suche nach Sündenböcken begünstigen und daß sie ein Nährboden für Aggressivität und Gewalt sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Burkhard Hirsch [F.D.P.])

Wir sind einig, Herr Bundeskanzler: Der Schutz der bedrohten Menschen und die Verfolgung der Straftäter sind unverzichtbar wichtig. Aber noch wichtiger ist, daß wir dazu beitragen, die sozialen Ursachen für die Resonanz rechtsextremer Parolen zu beseitigen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Burkhard Hirsch [F.D.P.])

und daß wir die Bereitschaft wecken, daß wir gemeinsam daran gehen, diese Ursachen zu verringern oder gar zu beseitigen.

B) Wir brauchen also eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, eine Politik, die nicht zuläßt, daß eine wachsende Minderheit auf der Strecke bleibt oder das Gefühl hat, auf der Strecke zu bleiben. Das ist der wirkungsvollste Beitrag gegen Rechtsextremismus und Gewalt.

(Beifall bei der SPD)

Marie von Ebner-Eschenbach hat einmal gesagt: Das Recht des Stärkeren ist immer das stärkste Unrecht. Wenn wir über Werteverlust sprechen, auch im Zusammenhang mit jugendlichen Gewalttätern, dann sage ich: Dieser Werteverlust, der gewiß auch zusammenhängt mit sozialen Ursachen, die wir alle nicht früh genug erkannt und nicht rechtzeitig verändert haben, liegt natürlich in der Gesamtgesellschaft. Damit liegt er auch in den Familien und auch in der Schule, aber nicht bloß und nach meiner Überzeugung auch nicht zuerst in der Konfliktpädagogik, sondern darin, daß unsere Gesellschaft ein Leben propagiert, in dem individuelle Durchsetzungsfähigkeit und Konkurrenz um fast jeden Preis als ein Wert an sich erscheinen. Das scheint mir ein Grund zu sein.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.] und Dieter-Julius Cronenberg [Arnsberg] [F.D.P.] — Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Das ist aber doch Konfliktpädagogik!)

Ich frage also: Ist nicht das Absolutsetzen von Wettbewerb und von Konkurrenz auch einer der Gründe für einen solchen Werteverlust? Wir alle wissen, der Markt ist ein leistungsfähiges Instrument. Auf das kann keine moderne Wirtschaftsordnung

verzichten. Der Markt kann vieles, aber er kann keine Wertorientierung vermitteln, weil er wertblind ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wird das immer deutlich in unserer politischen Auseinandersetzung? Ich wundere mich oft über eine Arbeitsteilung in der politischen Diskussion, in der wertbezogene Fragen in die Sonntagskapitel gehören und ferngehalten werden von den Alltagsfragen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Bildungspolitik angesprochen, Herr Bundeskanzler. Ich stimme Ihnen zu: Wir brauchen Diskussionen über Inhalte. Das heißt aber gleichzeitig, daß wir Bildungspolitik nicht bloß noch als Anhängsel, als Wurmfortsatz der Diskussion über den Wirtschaftsstandort Deutschland betrachten dürfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben die Medien angesprochen. Wer von uns allen erinnert sich? Lassen Sie uns doch einmal freimütig darüber reden. Ich kann mich an den medienpolitischen Kongreß von 1985 erinnern: Mehr Programme, mehr Vielfalt und mehr Auswahlmöglichkeiten für den mündigen Bürger.

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Das sagen Sie!)

— Das sage ich.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Auch Herr Clement?)

Herr Bundeskanzler, ich bin nur deshalb hierhergekommen, weil ich der Meinung bin: Wenn wir nicht miteinander offen über das reden, was uns gemeinsam bewegt, dann brauchen wir uns das Ritual von Sitzungen nicht zu leisten. Das ist meine Meinung.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich, Herr Bundeskanzler, am Anfang gesagt habe, daß ich gegenüber dieser Gewalttat oft ratlos bin, dann war das keine Sprechblase, mit der ich anschließend sage, wo alle meine Ratschläge sind, sondern dann ist das der Versuch, einmal offen auszusprechen, wo mich und wo andere der Schuh drückt. Ich weiß, das Bild vom Schuh drücken ist unpassend angesichts der Dimension dessen, was wir hier miteinander bereden. Aber dann möchte ich doch wirklich darüber reden, auch als jemand, der Medienpolitik als Standortpolitik macht, ob das eigentlich noch zumutbar ist. Ich bin nicht für eine Aktion „Saubere Leinwand“. Ich bin nicht für verschärfte Gesetze. Ich glaube, nicht die Verschärfung von Gesetzen, sondern die Veränderung von Gesinnungen ist unser Thema.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und da frage ich mich: Wollen wir uns die Argumente von damals noch einmal ansehen? Wer damals Bedenken gegen immer mehr Programme angemeldet hat, dem ist Wirtschafts- und Technikfeindlichkeit vorge-

Ministerpräsident Dr. h. c. Johannes Rau (Nordrhein-Westfalen)

u) halten worden — ich kann mich gut erinnern —, der wurde karikiert als der selbsternannte Vormund des mündigen Bürgers. Wer davor gewarnt hat, daß der Fernseher in noch mehr Familien gleichzeitig die Funktion von Vater und Mutter übernehme, dem wurde mit medienpädagogischen Angeboten geantwortet.

Jetzt haben wir neue Vorschläge: Politische Ethikkommission, Verbot von Sendungen. Ich halte davon nichts; aber ich halte viel von einem Meinungsklima, das Programme kommerziell untragbar macht, die nur an den inneren Schweinehund appellieren.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Da meine ich, sosehr ich mich an der wirtschaftlichen Prosperität freue, die wir gehabt haben und die ich mir zurückwünsche: Bei vielen jungen Menschen, die in dieser Zeit ihre prägenden Erfahrungen gemacht haben, ist der Eindruck entstanden, nur materieller Erfolg zählt, Geld ist der Maßstab aller Dinge. Wir müssen aufpassen, daß wir nicht auf den Weg zu einer Gesellschaft von Zynikern geraten, die von allem den Preis kennt und von nichts den Wert.

(Beifall bei der SPD, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

B) Darum müssen wir wieder stärker ins Gedächtnis rufen: Es gibt Dinge jenseits von Angebot und Nachfrage, so wichtig eine leistungsfähige Wirtschaft ist. **Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit** darf man nicht gegeneinander ausspielen. Die Leistungsfähigkeit unseres Sozialsystems hängt ab von der Stärke unserer Wirtschaft. Aber es gilt doch genauso: Die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen gründet auf der Stärke unseres Sozialsystems.

(Beifall bei der SPD)

Ich danke mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, der Polizei. Der Unterscheid ist: Ich danke ihr auch für die Strategie der Deeskalation, die ich für richtig halte.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mit Ihnen der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß es Verbote geben mußte. Sie haben die Verbote, die der Bundesinnenminister ausgesprochen hat, zitiert. Ich lobe das. Ich frage: War das früh genug?

(Beifall bei der SPD)

Hat es nicht vorher Drängen gegeben — jedenfalls aus einzelnen Ländern —, solche Verbote auszusprechen, und sind wir nicht damals auf taube Ohren gestoßen?

Ich stimme Ihnen zu, Herr Bundeskanzler, wir dürfen den Begriff des Patriotismus nicht den Rechten überlassen. Ich habe in der Zeit, in der ich die undankbare Aufgabe hatte, Kanzlerkandidat gegen Sie zu sein

(Heiterkeit)

— Sie wissen, mit welchem Erfolg — —

(Erneute Heiterkeit — Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Darin sind wir uns einig!)

— Man lernt hinzu. — Herr Bundeskanzler, ich habe damals gesagt, ein Patriot ist jemand, der sein Vaterland liebt, und ein Nationalist ist einer, der die Vaterländer der anderen verachtet. Ich bin ein deutscher Patriot. — Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Aber zum Patriot gehört, daß er den Auftrag wahrnimmt, den Willy Brandt in der Regierungserklärung 1969 an den Schluß gestellt hat: ein Volk guter Nachbarn sein nach innen und nach außen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist damals, glaube ich, zu Recht verstanden worden, zuerst als eine außenpolitische Aussage im Blick auf die östlichen Nachbarn, im Blick auf das entstehende Europa. Heute ist es eine konkretere Aufgabe: guter Nachbar sein zu Hause in dem, was man Wohngegend nennt, in der Nachbarschaft.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Genau das hat der Kanzler gesagt!)

— Ja, Herr Schäuble, ich bin ja nicht dabei, ein Gegenreferat zu halten, sondern zu ergänzen, zu unterstützen, auch zu widersprechen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dies ist nicht die Stunde der Polemik gegeneinander. Wir stehen vor einer Situation, die mir oft angst macht, und da suche ich jedenfalls danach, ob wir auch im Aussprechen unterschiedlicher Positionen Wege finden, aber eben so, daß daraus Wettbewerb um den richtigen Ansatz, um die bessere Idee entsteht und nicht persönliche Feindschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P. — Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Mir lag nur daran, daß wir da übereinstimmen!)

— Richtig, völlig einig.

Also sage ich, wir brauchen die Zusammenarbeit aller Gutwilligen. Wir brauchen sie bei der Bekämpfung von Gewalt und Rechtsextremismus. Wir brauchen Bürgersinn und Zivilcourage. Im Schatten von Gleichgültigkeit und dem Gefühl „Das geht mich nichts an“, das es auch gibt, müssen wir sagen, niemand darf weghören, wenn am Arbeitsplatz oder in der Kneipe Vorurteile gegen Ausländer geschürt werden.

(Beifall bei der SPD, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Niemand darf wegschauen, wenn ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger diskriminiert werden. Niemand darf mitlachen, wenn Rassismus — als Witz getarnt — verbreitet wird.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Ministerpräsident Dr. h. c. Johannes Rau (Nordrhein-Westfalen)

(A) Es ist schlimm genug, was nicht nur an manchen Stammtischen geredet wird, aber wir dürfen den Stammtisch nicht salonfähig machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das heißt auch, Ressentiments gegen Minderheiten dürfen nicht zum Schlagstock im politischen Meinungsstreit gemacht und mißbraucht werden.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen eine neue Grundlage für das Zusammenleben in unserem Land. Es gibt noch unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Instrumente nötig und sinnvoll sind. Ich meine, wer auf Dauer hier wohnt, woher er auch immer gekommen sein mag, wer hier geboren ist, der ist nicht Gast bei uns, sondern der ist ein Bürger und eine Bürgerin; die haben gleiche Rechte und gleiche Pflichten wie alle Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen Schluß machen mit der Lebenslüge, wir hätten es nicht mit Einwanderung zu tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

B) Wer persönlichen Unmut und sozialen Unfrieden, wer Agitation bis zu offener Gewalt verhindern will, der muß die in Bayern und in Schleswig-Holstein, in Hessen und in Nordrhein-Westfalen und überall sonst in der Bundesrepublik Deutschland geborenen Töchter und Söhne von Müttern und Vätern aus Italien oder der Türkei als Gleiche unter Gleichen behandeln.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe hier nur westliche Bundesländer genannt, weil wir in den westlichen Ländern diese zweite Generation haben und sie noch nicht in den östlichen Ländern haben und haben können. Das ist etwas ganz Neues in der deutschen Geschichte, womit wir es zu tun haben. Das ist doch nicht vergleichbar mit der Einwanderung ins Ruhrgebiet Ende des vorigen Jahrhunderts und Anfang dieses Jahrhunderts, weil es auch um unterschiedliche Kulturkreise geht, weil die Fremdheit in vielem größer ist und die Nähe in vielem enger, auch auf Grund des Zusammenlebens in der betrieblichen Alltagswelt.

Ich erinnere an das Wort von Heinz Oskar Vetter. Vor 30 Jahren hat er gesagt: „Wir haben Arbeitskräfte gerufen, und Menschen sind gekommen.“ Wir haben mit dieser Wirklichkeit nach meiner Überzeugung noch nicht genug realisiert, was jetzt zu tun ist, daß man nicht da daheim ist, wo man seinen Wohnsitz hat, sondern wo man verstanden wird, wie das Christian Morgenstern einmal gesagt hat.

Ich meine, wir sollten zu einer Zusammenarbeit aller Menschen guten Willens kommen, jenseits der Parteigrenzen, aber ohne Parteigrenzen zu verwischen.

(C) Lassen Sie mich das am Schluß sagen: Wir hatten bei unserem letzten Bundesparteitag einen Gast, der in der Frage des Asylrechts anderer Meinung war als wir, und er war in einer anderen Partei als in der, die ihn eingeladen hat, und er gehört einer anderen Glaubensgemeinschaft an als der, der ich angehöre. Ich meine Ignatz Bubis, den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland. Da ich ihn auf der Tribüne gesehen habe, habe ich gedacht, daß ich ihm einmal herzlich danken möchte

(Beifall bei der SPD)

für den Beitrag, den er gerade in seiner Zeit als Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland zum Verstehen und zur Verständigung geleistet hat.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, ein Volk guter Nachbarn — das ist eine richtige Maxime. Willy Brandt hat sie damals ausgesprochen. Ich glaube, daß der gegenwärtige Bundeskanzler diese Maxime genauso realisieren will. Aber ein Volk guter Nachbarn zu Hause und nicht nur in der Welt, sondern da wo wir leben, zu sein,

(Beifall bei der SPD)

das ist jetzt der Auftrag, dem wir uns zu stellen haben. Der ist in diesen Tagen und Wochen nach den Bildern von Solingen und nach dem Geschehen in den Tagen danach unendlich schwer geworden. Aber wenn wir die Erfüllung dieses Auftrags verfehlen, dann verspielen wir die Zukunft unserer Kinder und unserer Enkel. Lassen Sie uns das bedenken, wenn wir hoffentlich genauer denken, sorgfältiger sprechen und entschlossener handeln.

(Anhaltender Beifall bei der SPD — Beifall bei der F.D.P. und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Hans Klein: Herr Kollege Peter Hintze, Sie haben das Wort.

Peter Hintze (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder von uns hat in dieser Stunde das Bild der ausgebrannten Hausruine von Solingen vor Augen. Es hat sich tief in unser Gedächtnis eingebrannt. Uns alle haben die schrecklichen Morde an fünf Frauen und Kindern entsetzt und erschüttert. Wir verurteilen diese grausame Tat zutiefst.

Unser Mitgefühl gilt den Familien, den Angehörigen und den Freunden der Opfer. Wir trauern mit ihnen. Ihr Leid nimmt uns alle in Pflicht.

Die Welle der Gewalttaten, der Brand- und Mordanschläge reißt nicht ab. Erst gestern gab es wieder zwei Anschläge auf Wohnhäuser ausländischer Mitbürger bei Mönchengladbach und im Südbadischen. Nur durch Glück entkamen die Bewohner. Und was geschieht morgen?

Von der heutigen Debatte muß die klare Botschaft ausgehen: Die demokratischen Parteien stehen gemeinsam zusammen gegen Haß und Gewalt.

(Beifall bei der CDU/CSU)